

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Frägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Effenne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

No 147

Dienstag, den 10. Dezember 1918

69. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die bestehenden Befehle und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von Jedermann zu befolgen sind, wie auch Jedermann in ungehinderter Ausübung der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Danach besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Entrichtung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

Zusatz für die Behörden der Regierungsbezirke Coblenz, Düsseldorf, Köln, Trier, Aachen und Wiesbaden.

Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachung wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch in den Gebietsstellen, die nach den Waffenstillstandsbedingungen von den Truppen der Gegner besetzt werden, keine Veränderung in der Führung der laufenden Verwaltung eintritt. Diese wird vielmehr auch weiterhin von den bestehenden Behörden namens und für den preussischen Staat ausgeübt; auch die Kassen bleiben an Ort und Stelle, haben indes die Vorschrift in § 48 der Kassensatzungsordnung und die dementsprechenden der anderen Kassensatzungen streng zu beachten.

Berlin, den 14. November 1918.

Namens der preussischen Regierung.
gez.: Dr. Bartsch, gez.: Dr. Siedekum.

Warnung.

Alle Soldaten, die das besetzte Gebiet in Uniform ohne ordnungsmäßige Entlassungspapiere betreten, werden vom Feinde festgenommen und nach Frankreich transportiert. Den in Uniform reisenden, entlassenen Soldaten wird daher dringend empfohlen, mit der Eisenbahn nach Stationen des besetzten Gebietes und innerhalb dieses Gebietes nur dann zu fahren, wenn sie im Besitze ordnungsmäßiger Entlassungspapiere sind.

Mainz, den 1. Dezember 1918.

Preussische und Hessische Eisenbahndirektion.

Bekanntmachung.

Es ist leider vorgekommen, daß einzelne zurückkehrende Formationen des Heeres wegen Mangel an Personal und Pferdebesitzern und auch einzelne Soldaten Pferde und Materialien an die Zivilbevölkerung kurzerhand verkauft haben, was ist durchaus unstatthaft.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich dies der Bevölkerung ortsbekannt zu geben und darauf hinzuweisen, daß der Ankauf von Pferden und Materialien bei unperantworlichen Stellen oder einzelnen Soldaten unerlaubt und infolgedessen nicht rechtsverbindlich und gefährlich ist. Unter Umständen sehen sich die betreffenden Leute der Gefahr aus, wegen Hehlerei zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Der Landrat.

Betrifft: **Anmeldung öffentlicher Arbeitsstellen bei den Arbeitsnachweisern.**

Der vielfach mangelnde Nachweis von Arbeitsgelegenheit einerseits und freier Arbeitskraft andererseits kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden öffentlichen Stellen unverzüglich im nächsten nicht gewerbmäßigen (also öffentlichen) Arbeitsnachweis melden. Nur dann ist ein Ausgleich zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenunterstützung kann selbstverständlich nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Gelegenheit den Arbeitsnachweisern bekannt ist.

Auf Anordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung wird Vorstehendes zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Rüdesheim a. Rh., den 6. Dezember 1918.

Der Landrat.

Betr.: **Demobilisierung, Versteigerung arbeitsfähiger Pferde in Landwirtschaft usw.**

Die durch den Waffenstillstand bedingte beschleunigte Demobilisierung der dem diesseitigen Corpsbezirk angehörenden Truppenteile und die damit Hand in Hand gehende Versteigerung der noch arbeitsfähigen Pferde macht die Durchführung der Versteigerung flüssig. Generalkommando Abt. 7 Tagebuch Nr. 8815 vom 11. 11. 18. umschließt die Abtheilung Mob. des Heils. Generalkommandos hat deshalb mit Verfügung Mob. Nr. 4324 vom 18. 11. 18. bestimmt, daß die Gebraucher von Pferden bis zur ordnungsmäßigen Aufstellung der Pferdearten vorläufig auf Grund eines behördlichen Ausweises, aus dem hervorgeht, daß Bedarf an Pferden vorliegt und daß Käufer kein Händler ist, zu den Versteigerungen zugelassen sind.

Infolge der bereits in erheblichem Umfange zum Verkauf gestellten Pferde hat sich inzwischen eine große Anzahl Pferdegebräucher mit Pferden eingebracht. Da aus den nach Abschluß der Ermittlungen, hierher weiter zugehenden Anträgen auf Zulassung zur Versteigerung gemäß Verfügung 7, Tageblatt Nr. 8815 vom 11. 11. 18. nicht ersichtlich sein wird, welche Antragsteller bereits Pferde gekauft haben, würde die Folge dies sein, daß auch die bereits vorliegenden Gebraucher nochmals mit einer Pferdearte verfahren würden. Es wird deshalb von der Ausgabe von Pferdearten entgültig Abstand genommen und werden die Gebraucher von Pferden zu allen Versteigerungen auf Grund des vorerwähnten behördlichen Ausweises zugelassen werden. Hierbei muß jedoch zur Bedingung gemacht werden, daß die nachgeordneten Stellen jedem Pferdegebräucher nur einmal eine Befreiung über den Bedarf ausstellen. Um einen Mißbrauch mit den behördlichen Ausweisen zu verhindern, sind die Truppenteile angewiesen, für die Folge den Käufern diese abzunehmen.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich, die Pferdegebräucher von Vorstehendem in Kenntnis zu setzen. Auf die Einreichung von Anträgen auf Zulassung zur Versteigerung wird verzichtet.

Rüdesheim a. Rh., den 9. Dezember 1918.

Der Landrat

Aufruf

an die heimkehrenden Soldaten.

Kameraden!

Beachtet bei der Ankunft auf dem Bahnhof die Plakate! Sie sagen Euch, wo ihr schnellstens die nötigen Lebensmittelmarken oder Euer Essen selbst bekommt, wo ihr Unterkunft findet, wo der nächstgelegene Arbeitsnachweis ist. Alle Vorträge gegen Arbeitslosigkeit sind getroffen. Für den äußersten Fall seid Ihr durch Erwerbslosenunterstützung abgesichert. Der Arbeitsnachweis sagt Euch näheres.

Bergeht Eure Gesundheit nicht! Krankheit gefährdet mit Euch auch alle die, zu denen Ihr heimkommt; Ihr habt freie ärztliche Versorgung. Seht Plakate am Bahnhof! Sucht Entlassungsanträge und Bäder auf, ehe Ihr ins eigene oder fremde Quartier einzieht. Seht Plakate am Bahnhof!

Vermeidet die großen Städte! Ihr findet anderwärts bessere Ernährung und Unterkunft, kehrt aus Land zurück! Ihr findet dauernde Beschäftigung in der Landwirtschaft, die nur mit genügenden Arbeitskräften die Ernährungslage verbessern kann. Gefindeordnung und das einschränkende Koalitionsrecht für Landarbeiter sind gefallen. Nichts braucht Euch mehr vom Lande fernzuhalten. Große Ansiedelungen sind in Vorbereitung.

In den ersten Wochen werden dringende Arbeitskräfte für die Verkehrsmittel (Eisenbahn, Lokomotiv-Reparatur und Lokomotivbau) und für die Kohlenbergwerke gebraucht. Näheres erfahrt Ihr beim Arbeitsnachweis.

Soldaten! Bedenkt, daß Eure Entlassung nicht auf einmal erfolgen kann. Die Reihenfolge wird durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt. Zuerst die Arbeiter der Transportanstalten und des Bergbaues, die Angestellten der Arbeitsnachweise und Gewerkschaften, das Personal der Gas-, Wasser- und Kraftwerke; jüngere Jahrgänge später als die älteren; Verheiratete von den Unverheirateten. Die Ordnung muß eingehalten werden.

Kameraden! Kehrt Eurer Taten würdig heim! Sorgt alle selbst dafür, daß keine Schande auf Eurer in unzähligen Schlachten unverletzte Ehre fällt! Bringt deutsche Pflichttreue und Ordnung, freundliche Kameradschaftlichkeit, die Ruhe des Feldsoldaten heim!

Mit Euch, Ihr endlich Heimkehrenden, erbaut sich das ganze Volk in freudiger Friedensarbeit die neue Welt.

Seid willkommen!

Warnung.

Infolge Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung, Ernährung und Unterbringung wird vor dem Zugang arbeits- und erwerbsloser Personen nach Groß-Berlin hiermit dringend gewarnt.

Der Landrat.

2. 5607. Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich die zerstreut zurückgelassenen Heeresgeräte sammeln zu lassen und in Verwertung zu nehmen.

Rüdesheim a. Rh., den 4. Dezember 1918.

Der Landrat.

Diejenigen Industrie-, Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts-, pp. Betriebe, sowie diejenigen Behörden, welche zahlenmäßige Arbeitskräfte benötigen und einzustellen beabsichtigen, können bei den Stadt- und Gemeindebehörden unentgeltlich Kartenbroschüre empfangen und dieselben nach Ausfüllung zwecks Anordnung der zahlenmäßigen Arbeitskräfte bei den Arbeitsnachweisern pp. einreichen.

Rüdesheim a. Rh., den 6. Dezember 1918.

Der Landrat

Betr. Gültigkeit der Fleischkarten.

Nach Feststellung der Reichsfleischkarten für die Zeit vom 2. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 ist infolgedessen eine Abänderung eingetreten als die eingeschobene Fleischkarte Woche vom 16. bis 22. Dezember in Wegfall kommen soll. Da für die vorerwähnte Woche keine Fleischkartenabschnitte vorgesehen sind, so bestimmen wir hiermit, daß die Fleischkartenabschnitte der Woche vom 30. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 — weißes Papier — für die Zeit vom 16. bis 22. Dezember Gültigkeit haben. Für die Fleischkarten der am 30. Dezember beginnenden vierwöchentlichen Periode wird zur Vermeidung von Irrtümern farbiges Papier benutzt werden.

Falls ein Versorgungsberechtigter in der Woche vom 16. bis 22. Dezember verreisen, also an der örtlichen Fleischversorgung nicht teilnehmen sollte, ist vor Eintritt der Reise durch das zuständige Bürgermeistertum die Gültigkeit der Fleischkartenabschnitte vom 30. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 für die Woche vom 16. bis 22. Dezember in jedem einzelnen Falle handschriftlich zu bescheinigen.

Die Herren Bürgermeister werden auf vorstehende Bekanntmachung hingewiesen und ersucht, das Weitere, insbesondere wegen Anweisung der Regier. und der beim Fleischverkauf tätigen Personen zu veranlassen.

Rüdesheim a. Rh., den 29. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Betr. **Ersatz an Arbeitskräften für entzogene Gefangene.**

Etwasiger durch die Herausziehung der Kriegsgefangenen notwendig werdender Ersatz an Arbeitskräften ist unüberzählig bei einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweis unter dem Stichwort: „Ersatz für Kriegsgefangene“ und unter Angabe der Berufsart, anzumelden.

Rüdesheim a. Rh., den 2. Dezember 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Betr. Wurstlieferungen an die Industrie.

Alle bisher von der Wurstfabrik der Bezirksfleischstelle oder von den örtlichen Stellen mit Zulagen für die Rüstungsarbeiter belieferten Werke der Rüstungsindustrie, welche den Betrieb einstellen, haben uns diese Einstellung sofort zu melden, damit die Belieferung aufgehoben wird. Ebenso sind die Werke gehalten, jede Verminderung des Arbeiterbestandes uns anzuzeigen, damit die Belieferung ermäßigt wird.

Gleichzeitig wird wiederholt bekannt gegeben, daß die geforderte Abgabe von Speck aus Hauschlachtungen unverändert fortbestehen bleibt. Die Ausnahme, wonach fettzulageberechtigter Arbeiter von der Speckabgabe befreit sind, ist aufgehoben.

Rüdesheim a. Rh., den 4. Dezember 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Ein Mahnruf des Prinzen Max an das deutsche Volk.

Prinz Max von Baden erläßt einen Aufruf: Dem die unsern Volke angetane Schmach ebenso heiß in der Seele brennt wie mir, der erbebe in Wort und Schrift seine Stimme gegen die unerhörte Vergewaltigung, die feindliche Nachsucht und Siegestrunkenheit über die Heimat verhängt haben durch Aufrechterhaltung erniedrigender Waffenstillstandsbedingungen, die unser nationales Leben in seinen Grundfesten bedrohen.

Er mahnt den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort, einen Rechtsfrieden zu wollen und einen Völkerverbund zu erstreben, in dem sich Deutschland wie jedes andere Land und Volk seiner Eigenart entsprechend unter Wahrung seiner Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann.

Er weist daher den Präsidenten mahnend hin auf die historischen und tatsächlichen Grundlagen, auf denen Deutschlands Tasein ruht und deren Verletzung dieses Tasein und die Gerechtigkeit gleichermaßen zerstören würde. Er zeige dem deutschen Volk, welches durch die Wucht der plötzlich hereingebrochenen Ereignisse wie gelähmt sein Schicksal erwartet, daß es jetzt unbedingt nötig ist, seinen nationalen Stolz und seine Ehre zu wahren und würdig seiner Größe und Bedeutung als freies Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeit zu fordern.

Unsere Rassen sind uns aus der Hand geschlagen, aber der deutsche Geist und der deutsche Charakter leben noch. Mit ihnen müssen wir Deutschlands Ansehen und Selbständigkeit bis zum äußersten verteidigen, uns selbst die Treue wachend, wie unsere tapfere Armee bis zum letzten Augenblick treu die Heimat vor feindlichem Einfall behütet hat.

8. 31. Baden-Baden im November 1918.

Max Prinz von Baden.

Der Waffenstillstand.

Zur See.

23. Berlin, 7. Dez. Ueber den Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und über ihre Ausführung verläutet von zukünftiger Seite folgendes:

1. Die Vollmachten des Admirals Beatty sind bis auf die Frage der Internierung der Schiffe auf Admiral Browning übergegangen. Die Kommission des Admirals Browning begibt sich in diesen Tagen nach Hamburg, um die in den Händen der Deutschen befindlichen Handelsfahrzeuge der Entente zu besichtigen. Die Alliierten verlangen nicht nur die Rückgabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern auch aller Schiffe, die durch ein Präsengericht rechtskräftig zur Einziehung verurteilt worden sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts sind diese Schiffe deutsch, und es ist daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert worden. Admiral Browning hat jedoch die Erörterung jeder Rechtsfrage abgelehnt und verlangt nur die Ausführung seiner Forderung. Die Abgabe aller feindlichen Handelsfahrzeuge im Tonne, an Frankreich soll in Dänemark erfolgen. Die Schiffe sollen mit Proviant und Kohle ausgerüstet und nicht fahrbereite Schiffe und Segelschiffe von deutschen Schleppern übergeführt werden. Der Rücktransport der Besatzungen soll von deutscher Seite ausgeführt werden. — 2. Tropdem für die Ablieferung der Handelsfahrzeuge kein Termin vorgesehen war und obwohl die Klärung der Lage durch die Schuld des Gegners verzögert ist, verlangt die englische Kommission die Rückgabe sämtlicher Handelsfahrzeuge bis zum 17. Dezember. Wegen dieser unerschütterte Forderung ist von deutscher Seite Protest eingelegt. — 3. Die Kommission zur Besichtigung der Kriegsschiffe beginnt in Wilhelmshaven am 6. Dezember ihre Tätigkeit. Sie besteht aus Offizieren der englischen, amerikanischen, französischen und japanischen Marine. Bemerkenswert ist, daß die Entente unbedingt fordert, daß, sobald es die Unterbringungsverhältnisse an Land gestatten, sämtliche Kriegsschiffe ganz an Land untergebracht werden. — Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau

bestehenden Kriegsschiffe einschließlich der Flussfahrzeuge und der Hilfskriegsschiffe, sowie aller fertigen oder im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinestellen liegen, zu übergeben, ferner innerhalb 48 Stunden die Mittelung, bis wann der Panzerkreuzer „Maden“ zum Geschleppboot werden nach einem bestimmten Hafen bereit sein wird. Weiter soll die Erklärung abgegeben werden, daß seit der Abschließung des Waffenstillstandsvertrags keine deutschen Handelschiffe mit irgend einer neutralen Flagge übergeführt sind. Ferner wird die Befestigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt. Diese Forderungen gehen weit über die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags hinaus.

Abgelehnte A- und S-Räte.

BB. Berlin, 7. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt: Bei dem Eintreffen der englischen Flotte in den deutschen Gewässern zu dem Zweck, die Ausführungen der Waffenstillstandsbedingungen zu kontrollieren, verlangte der englische Admiral vom Führer der deutschen Kommission, Vizeadmiral Goette, sofort die Feststellung, daß sich in ihr kein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates befände. Bei Beginn der Sitzung wiederholte er die Frage, ob kein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zugegen sei; er habe strikten Befehl, in diesem Falle nicht zu verhandeln. Aus dem neutralen Auslande wird den einzelstaatlichen Regierungen berichtet, Wilson und die Entente werden nur mit einer deutschen Regierung verhandeln, die sich auf das in ordentlichen Wahlen handgegebene Vertrauen des Volkes stütze. Eine Note dieses Inhalts sei in Vorbereitung.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

BB. Berlin, 7. Dez. Das französische Oberkommando ersucht die deutsche Oberste Heeresleitung um die Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes. Die Zusammenkunft könnte am 12. oder 13. Dezember vormittags in Trier stattfinden.

Ein Vorfrieden.

* Basel, 8. Dez. Die „Times“ meldet: Die Alliierten haben dem beschleunigten Abschluß eines Präliminarfriedens mit Deutschland zugestimmt. Die Voraussetzung ist die Annahme des Vertrags innerhalb zwei Monaten durch eine deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts. Die Vorbedingungen werden nach Eintreffen Wilsons in Paris festgelegt und unverzüglich an Deutschland weitergeleitet werden.

Putzversuche in Berlin.

Ebert zum Präsidenten ausgerufen. — Verhaftung des Vollzugsausschusses versucht. — Spartakusfraktion.

(d.) Berlin, 6. Dez. Berlin war gestern wieder einmal der Schauplatz von Putzchen. In den Abendstunden ging beim Polizeipräsidenten die Nachricht ein, daß das Abgeordnetenhaus, der Sitz des Vollzugsrates, von Soldaten gestürmt worden sei. Darauf sandte der Polizeipräsident sofort eine große Truppenzahl nach dem Abgeordnetenhaus. Das Haus wurde von Truppen völlig abgeschlossen; in den Abendstunden schienen die Geschäfte im Abgeordnetenhaus wieder ihren geregelten Gang zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß dieser Soldatenputsch auf die Unbeliebigkeit des Vollzugsrates zurückzuführen ist. Gleichzeitig drang eine große Anzahl von Soldaten in das Reichstagsgebäude und rief dort den Volksbeauftragten Ebert zum Präsidenten der Republik aus. Es handelte sich dabei um jene Soldaten, die als Regierungstreue bezeichnet werden. Ebert lehnte diese Auszeichnung ab; er erklärte, er müsse erst mit dem Stenographenausschuß beraten. — Ein Soldat Spiro hielt vor dem Reichstagspalast eine Ansprache an die Truppen: „Deutschland steht vor dem unermesslichen Unglück einer vollen Katastrophe, die nur durch bewußte Zusammenfassung aller Kräfte überwunden werden kann. Deshalb verlangen wir, daß in kürzester Zeit die Vertreibung des deutschen Volkes zusammenzutreten soll. Der Vollzugsrat darf nicht mit blinden Händen in die Regierungsmaschine eingreifen. So bringe ich denn das Hoch aus auf die deutsche Republik und den Genossen Ebert, den ich, im Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen, als Präsident von Deutschland anrufe.“

Zubelnd begrüßt Ebert dann Ebert das Wort: „Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten. Unsere Volkswirtschaft ist der Grundstod unseres Lebens. Wir wollen unser sozialistisches Programm nicht mit einigen Experimenten, sondern im Rahmen der Reichsgesetzgebung durchführen. Die Durchführung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Wir haben uns redlich bemüht, mit den A- und S-Räten gemeinsam zu arbeiten, auch mit dem Vollzugsausschuß haben wir uns verständigt. Wenn wirklich Unzufriedenheiten bestünden, dürfte unter keinen Umständen von außen eingegriffen werden. Wenn Ihr jetzt für die Nationalversammlung fordert, so verzagt nicht, daß Eure Kameraden erst auf dem Rückmarsch sind, und daß sie auch wählen wollen. Heute fordere ich Euch auf, größte Disziplin zu wahren und eine geschlossene Truppe unter einheitlicher Führung zu bilden. Ihr sollt die Stütze eines neuen, freien Deutschlands werden.“ Später sagte Ebert: „Den Ruf, der an mich ergangen ist, kann ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden von der Regierung gesprochen zu haben.“

Ungefähr zu derselben Zeit erschien eine Abteilung Soldaten im Zimmer des Vollzugsrates und erklärte ihm im Namen der Regierung für verhaftet. Der Volksbeauftragte Barth rief sofort herbei, und verständigte, daß ein solcher Befehl seitens der Regierung nicht bestehe. Unverzüglich ordnete die Regierung die sofortige Entlassung des Vollzugsrates an.

Ein zweiter Putz ging von Spartakus aus. Die Unzufriedenheit und Deserteure hatten nämlich gestern Nachmittag in Berlin eine Reihe von Versammlungen abgehalten, in welchen dagegen protestiert wurde, daß man keine Vertreter von ihnen in den Soldatenrat ausgenommen habe. Die Soldaten versammelten sich dann in einer Demonstration durch die Straßen. Kurz vor dem Kranienburger Tor wurde der Zug von Soldaten mit aufgeschlagenem Seitengewehr empfangen. Die Soldaten eröffneten Feuer aus Maschinengewehren. Anschließend handelte es sich aber um blinde Schüsse. Auf diese Weise wurde der Zug der Deserteure auseinandergetrieben.

Die Vorgänge in Berlin.

Am Sonntag vormittag 11 Uhr versammelte die alte Sozialdemokratie nicht weniger als 13 Versammlungen in den größten Sälen Berlins. 20 000 bis 25 000 Personen mögen an diesen Kundgebungen teilgenommen haben. Um 12 Uhr waren sechs Kistenversammlungen der Unabhängigen auf freien Plätzen im Gange, und nachmittags 2 Uhr endlich versammelte die Spartakusgruppe ihre Anhänger auf den Treppentritten.

Der Volksbeauftragte Scheidemann sprach in den Prachtzügen des Westend. Er machte zunächst persönliche Ausführungen. Alle Posten, auf die ihn das Vertrauen der Parteigenossen berufen habe, auch sein jetziges Amt, habe man ihm gegen seinen Willen übertragen. In der vorrevolutionären Zeit wollte ihn die „Kreuzzeitung“ auf den Sandhaufen stellen, jetzt wolle ihn der Spartakusbund an den Laternenpfahl hängen. Scheidemann schilderte dann die jüngsten Vorgänge und bezeichnete die Verhaftung des Vollzugsrates als eine Falschurkunde. Wenn es zu Blutvergießen komme, so seien diejenigen verantwortlich, die Tag für Tag dazu auffordern, sich zum Bürgerkrieg zu bewaffnen. Lebnour hätte seine Rolle eigentlich 1848 spielen müssen. Seine Vorwürfe gegen ihn (Scheidemann) wegen seiner Tätigkeit im Kabinett des Prinzen Max seien von Anfang bis zu Ende erfunden. Die Regierung Ebert habe die schwerste Aufgabe zu lösen, die je in der Weltgeschichte einer Regierung gestellt war. 90 Prozent des Volkes ständen hinter ihr und trotzdem stehe diese Regierung Tag für Tag auf dem Pulverfaß. Das sei auf die Dauer ein absolut unerträglicher Zustand. (Lebhafte Zustimmung.) Die Folge des gewissenlosen Treibens der kleinen Spartakusgruppe werde sein, daß wir in ein paar Wochen nichts mehr zu essen und die Franzosen und Engländer in Berlin haben werden. Die sofortige Sozialisierung, die die Spartakusleute wünschten, werde die deutsche Industrie und den deutschen Handel ruinieren. Das Treiben der Internationalisten in München, dem leider unteilbaren Soldaten gefolgt seien, sei das Treiben einer gewissenlosen Räuberbande. (Stürmische Zustimmung.) Scheidemann sagte weiter: Die Vorwürfe, daß wir in Berlin dem Treiben bewaffneter Banden mit verschränkten Armen zusehen, sind leider nicht ganz unbedeutend. Ich erkläre, daß ich für meine Person diesen Zustand keine acht Tage mehr mitmache. Ich gehe. (Große anhaltende Bewegung.) Das sage ich natürlich nicht für das Kabinett, sondern nur für mich. Denn ich möchte nicht vergessen, daß wir überhaupt noch keinen Frieden, ebenso keine Verlängerung des Waffenstillstandes und kein Brot haben. Als einzige Rettung aus dieser Wirnis bezeichnete Scheidemann die schnellste Einberufung der Nationalversammlung. Er werde jubeln, wenn die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland, die am 16. Dezember in Berlin zusammenkommen, beschließen würden, daß ein früherer Termin als der 16. Februar festgesetzt würde. 2. ist und formelle Schwierigkeiten es dafür nicht.

Die Versammlungen der Unabhängigen unter freiem Himmel waren durch das regnerische Wetter stark beeinträchtigt. Ströbel sagte u. a.: Das Treiben der Spartakusleute müsse in kürzester Zeit zur völligen Anarchie führen. Die Sozialisierung ließe sich nicht von heute auf morgen übers Anie brechen. Auch die Unabhängigen wollten, daß Ebert und Scheidemann lieber heute als morgen aus der Regierung entfernt würden. Das sei aber nicht möglich, solange sie eine große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hätten. Auch die Unabhängigen wollten die Demokratie und nicht die Diktatur einer Minderheit.

Die Spartakusgruppe hatte auf 6 Wagen Redner platziert. Nur vor dem Wagen Liebknechts war der Andrang stark. Nach der Versammlung setzte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge mit der Parole „Auf nach dem Reichstagsgebäude“ in Bewegung. Voran fuhr Liebknecht in einem Auto, auf dem ein Maschinengewehr aufgeschraubt war. Von der Alexanderstraße aus fuhr der Zug drei Autos mit Handgranaten und Maschinengewehren voran. Vor der Kommandantur hielt ein Mitglied des Spartakusbundes eine Rede, in der es die sofortige Entfernung Scheidemanns und des Kommandanten Wels forderte. Am Reichstagsgebäude und an der russischen Botschaft kam es zu weiteren Kundgebungen. Hier bewegte sich der Zug in die Wilhelmstraße vor das Reichstagspalais. Das Gebäude lag in völliger Dunkelheit. Nur aus einem Zimmer des hell erleuchteten Vorderflügels lehnte sich der Volksbeauftragte Barth heraus, der von der Menge, als sie ihn erkannte, stürmisch begrüßt wurde. Auf wiederholte Aufforderung, zu sprechen, erwiderte Barth, er könne nicht mehr reden, er sei heiser. Aber die immer mehr anwachsende Menge bestand auf ihrem Willen. Schließlich nahm Barth das Wort und sagte: Ich wünsche nur einmal mit Liebknecht in einem der größten Säle Berlins zusammenzutreffen und ihm zu sagen, was ich ihm zu sagen habe. (Große Anruhe.) Ich bürge dafür, daß nicht ein Arbeiter aus seiner Seite bleibt. (Stürmische Gegenrufe.) Daß ich in der Regierung sitze, und daß ich zugegeben habe, daß die Regierung und der Vollzugsausschuß paritätisch zusammengesetzt sind, das ist geschehen, weil im Jirrus Busch am 10. November nicht Scheidemann, sondern Karl Liebknecht auf mich einbrang und sagte, es muß geschehen, wenn die Revolution nicht gefährdet werden soll. (Stürmische Unterbrechungen.) Nur mit Mühe konnten einige besonnene Elemente in der Menge sich das Wort verschaffen und auf Barths Verdienste hinweisen, die dieser um die Revolution mit habe. Aber ihre Worte wurden von dem Toben derer verschlungen, die Anstalten trafen, Barths Zimmer zu stürmen. Erst Liebknechts Eingreifen gelang es, die Massen zu beruhigen. Wenige Minuten darauf löste sich die Versammlung auf, um in kleineren Zügen in den Straßen der Innenstadt zu demonstrieren.

Lloyd George und Balfour.

(d.) Haag, 9. Dez. Neuter meldet aus London: Lloyd George hielt in Leeds eine Rede, in der er ausführte, daß, wenn die Landboote nicht begehungen worden wären, die englischen Heere nicht in Mesopotamien und Palästina gestanden hätten. Bulgarien nicht abgefallen, die Türkei nicht zusammengefaßt wäre, und England den Krieg verloren hätte. Österreich sei zusammengefallen, als es bemerke, daß die Hintertür durch die Alliierten eingetreten worden war. Dann sprach er von der Krise am 21. März 1918: er habe Wilson telegraphisch mitgeteilt, daß die amerikanische Hilfe dringend notwendig sei, und daß mindestens monatlich 120 000 Mann nach Europa geschickt

werden müßten. Am nächsten Tage sei ein Telegramm Wilsons gekommen, worin er die 120 000 Mann zu billige, wenn England die nötigen Schiffe zur Verfügung stelle. Dies sei im Hinblick auf die Lebensmittel- und Nahrungsvorsorgung ein großes Wagnis gewesen, trotzdem habe England die nötigen Schiffe bereitgestellt. Die Amerikaner hätten 1 900 000 Mann nach Europa geschickt, wovon 1 100 000 Mann durch die britische Handelsflotte transportiert worden seien.

BB. London, 8. Dez. (Neuter.) In einem Gespräch mit dem Vertreter der „Associated Press“ sagte Balfour, er glaube, daß die Zusammenkunft in Paris in diesem Monat nur ein unformeller Vorläufer der Konferenz der Assoziierten sein werde, die zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden werde. Eine zweite Konferenz werde alle wichtigen Bedingungen des Abkommens formulieren und die wichtigsten und längste sein. Nach ihrer Beendigung würden die feindlichen Vertreter zugezogen und die Abkommen ratifiziert werden. Nach der Ansicht Balfours ist die wichtigste Frage, mit der sich die Friedenskonferenz befassen wird, die des Balfours und des Balfours. Er (Balfour) glaube, daß der Völkerbund eine absolute Notwendigkeit sei, wenn der Krieg alle die guten Folgen haben soll, die man von ihm erwartet. Er müsse etwas mehr sein als ein Mittel, um Kriege zu verhindern. Es wäre töricht, sich vorzustellen, daß es möglich sei eine Welt mit Staaten einzurichten, die gleiche Macht und gleiche Rechte besäßen. In Wilsons Anspruch, daß die Welt für die Demokratie sicher gemacht werden müsse, bemerkte Balfour, er glaube nicht, daß die Welt für die Demokratie dadurch sicher gemacht werde, daß man die Zahl der demokratischen Staaten vermehre. Er denke dabei nicht speziell an Deutschland, sondern an die neuen Staaten, die in Osturopa im Entstehen begriffen wären. Die Rivalitäten, die zwischen den benachbarten Demokratien entstehen könnten, würden ebenso zu Kriegen führen, wie wenn die Regierungsformen andere wären. Einige Kritiker dächten, die Veränderung in Europa würde Europa balkanisieren. Er erwarte aber etwas anderes. Es wäre unüberwindlich, wenn Europa in einen Schachplan für zukünftige Kriege verwandelt würde. Der Völkerbund würde dazu nötig sein, nicht nur den verbrecherischen Ehrgeiz großer Autokratien zu beaufsichtigen, sondern auch dazu, leichtsinnige Länder von übertriebenen Kriegen abzuhalten. Man könne unmöglich von Demokratien sprechen außer bei Ländern, die eine relativ vorgeschrittene Stufe von Zivilisation erreicht haben. Der Völkerbund werde der Grund der weniger entwickelten Länder sein. Als Balfour gefragt wurde, ob Rußland auf der Konferenz vertreten sein werde, sagte er: „Es sei schwer zu bestimmen, was Rußland sei. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Konferenz irgendeine russische Regierung in ihrer jetzigen Form für berechtigt halten wird, Delegierte zu entsenden.“

Zur inneren Lage.

Putzversuch in München.

BB. München, 7. Dez. Infolge der in der letzten Zeit von der hiesigen Presse gegenüber der neuen Regierung eingenommenen Haltung zogen vergangene Nacht nach Schluß der Demonstrationsversammlungen mehrere Tausend Soldaten durch die Stadt, besetzten alle Zeitungen und richteten eine Zensur auf. Ministerpräsident Eisner begab sich in Begleitung des Polizeipräsidenten und des Stadtkommandanten in die verschiedenen Redaktionen und beauftragte die willkürlich eingeführte Zensur. Auch in die Wohnung des Ministers Auer waren Demonstrationen eingebracht und hatten den Minister unter Drohungen gezwungen, seine Demission zu nehmen. Ministerpräsident Eisner stattete dem Minister Auer ebenfalls einen Besuch ab. Selbstverständlich ist die an Herrn Auer vorgenommene Erpressung nichtig. Im Laufe der Nacht wurde durch republikanische Schutzwachen und Mannschaften des Infanterie-Regiments die Ordnung wiederhergestellt.

Ein Zwischenfall in Braunschweig.

iv. Braunschweig, 7. Dez. Ueber einen Zwischenfall beim Einzug der 5. Schwabron des Husaren-Regiments Nr. 1 erhielten wir folgende Darstellung: Eine Abteilung Rotgardisten hatte sich zum Bahnhof begeben, um mit den Husaren über das Vorantreten einer roten Fahne zu verhandeln. Diese Verhandlungen scheiterten, und die Husaren zogen ohne rote Fahne vom Bahnhof ab. Sie beabsichtigten, nicht durch das vom Publikum gebildete Spalier zu ziehen, sondern wollten quer durch die Menge reiten. Das ließen die Rotgardisten und sonstige Ordnungsmannschaften nicht zu. Darauf kommandierte Oberleutnant Kamlah eine Attacke. Als sich die Rotgardisten den Attacke reitenden Husaren entgegenstellten, fielen von seiten der Offiziere mehrere Schüsse. Matrosen erwiderten die Schüsse und forderten zugleich die Husaren auf, abzuziehen. Die Husaren kamen dieser Aufforderung unverzüglich nach. Der Wachmeister stellte sich gleichfalls seiner Abteilung entgegen und kommandierte Abziehen. Die Abteilung kam diesem Befehl nach. Dadurch wurde die Schwabron auseinandergezogen. Leider wurde ein 3-jähriges Kind getötet und ein Mann verletzt.

Die Zustände in Bremen.

BB. Bremen, 7. Dez. Die Exekutive des Bremer Soldatenrats gibt folgendes bekannt: Unverantwortliche Berichterstatter überschreiben von Bremen aus die deutsche Presse mit Nachrichten, nach denen hier geradezu grauenhafte Zustände herrschen sollen. Zu allen diesen Nachrichten ist zu bemerken, daß sie glatt erlogen sind. Selten dürfte eine größere Stadt vorhanden sein, wo sich der Unschwung so ruhig vollzogen hat, wie in Bremen. Es ist kein Blut geflossen. Eine einzige Ausnahme fand statt, indem ein Mann erschossen wurde, der täglich angegriffen hatte. Das gesamte Bürgerthum erkennt an, daß der Soldatenrat es durchaus verstanden hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Kundgebungen von Zehntausenden von Menschen verliefen geordnet und ruhig. Die Verbreiter der erlogenen Berichte begingen Landesverrat, weil durch sie die Feinde aufgefodert wurden, Deutschland zu okkupieren. Die Verhaftung dieser gewissenlosen Menschen, die unweifelhaft im Solde der Feinde stehen, steht unmittelbar bevor. Sie werden handrechtlich abgeurteilt werden.

Keine Leibgarde Liebknechts.

BB. Berlin, 6. Dez. Um dem Gerücht entgegenzutreten, daß Abteilungen von Gardesuntern und Gardesuntern die Leibgarde Liebknechts bilden sollten, zogen, wie ein hiesiges Blatt meldet, gestern starke Truppenzüge von Gardesuntern und Garde-

gerne sprechen demonstrierend durch die Stadt nach dem Reichstage unter Vorantragung von Schildern mit der Aufschrift: „Nur für die neue Regierung, geschlossen für Ebert und Haase!“ Bei der Begegnung mit etwa 2000 aus dem Zirkus Busch kommenden Unteroffizieren fand eine stürmische kameradschaftliche Begrüßung statt.

Tagesgeschichte.

Trennung von Kirche und Staat.

(*) Der sozialistisch-unabhängige Abg. Adolf Hoffmann schrieb vor vielen Jahren eine Verpöchtung der 10 Gebote und wurde deshalb vor Gericht gestellt und verurteilt. Er ließ seitdem der „Zehn-Gebote-Hoffmann“. Heute ist Adolf Hoffmann preussischer Kultusminister. Er hat eine neue Verfügung erlassen, aus der die „Germania“ folgende Proben mitzuteilen weiß: 1. Das Schulgebet hat in sämtlichen Schulen fortzufallen. 2. Eine Verpflichtung der Schüler zum Besuch von Gottesdiensten und anderen religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Keine Schulleiter darf mehr religiösen Charakter tragen. 3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach mehr. Kein Lehrer ist mehr verpflichtet zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgendwelchen kirchlichen Verrichtungen. 4. Unzulässig ist die Aufgabe häuslicher Arbeit aus dem in der Schule erteilten Religionsunterricht.

(*) Deutschland steht vor einem neuen Kulturkampf. Zu den Erklärungen des Kultusministers Adolf Hoffmann in Preußen über die Trennung von Kirche und Staat und zu dem Erlaß über die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht sagt das führende Zentrumsblatt, die „Germania“: „Das gläubige Volk in Preußen, sowohl katholischen wie protestantischen Bekenntnisses, kann sich nun keinerlei Täuschung mehr hingeben über das, was ihm die neuen Machthaber beschließen werden. Entschlossen wird es den ihm heute hingehaltenen Fehdehandschuh aufgreifen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Sofort muß alles alarmiert werden, was sich noch christlich nennen will.“

Auch in Sachsen erklärte der neue Kultusminister Rud. einer Abordnung von Kirchenbeamten, daß der Religionsunterricht in den Schulen von Ostern 1919 ab eingestellt werde, ebenso, daß es den Gemeinden nicht mehr gestattet sein werde, Kirchensteuern zu erheben oder sie zugleich mit den Staats- und Gemeindesteuern einzuziehen zu lassen.

Unsere Ernährungslage.

(b.) Berlin, 7. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt: Die „Voss. Ztg.“ brachte Donnerstag Abend ausgedehnte eine Note, die das Ernährungsamt an das Auswärtige Amt gerichtet hat und in der festgestellt wird, daß etwa im Februar Deutschland seine Vorräte an Lebensmitteln aufgebraucht haben wird. Wie weit dazu aus besserer Quelle erfahren, gibt diese Note tatsächlich den wirklichen Standpunkt unserer Ernährungsverhältnisse wieder. Die alte Regierung hat über unsere Vorräte Berichte gegeben, die den Tatsachen nicht entsprechen. Es haben sich Fehlbedarfe bis zu einer Million Tonnen ergeben. Durch die politischen Umwälzungen ist die Lage noch übler geworden.

Allelei Nachrichten.

Verhaftung rheinischer Großindustrieller.

W. Mülheim (Ruhr), 8. Dez. Wegen Landesverrats, begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Befreiung des Industriegebietes zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach hundertlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat in Mülheim die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jun., Edmund Stinnes, sowie die Direktoren Herrle, Becker und Wirth, Kommerzienrat Klüben und Bergassessor Stenz verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster gebracht, wo sie sich verantworten sollen.

Die Firma Thyssen u. Co. protestierte in einem Telegramm an den Reichskanzler Ebert gegen die Verhaftung.

Der Ex-Kaiser.

(b.) Haag, 9. Dez. „Holländisch Kienwobureau“ meldet aus Lhon: Die deutsche Regierung hat soeben beschlossen, sich der energischen Forderung der Entente, daß der Exkaiser und der Kronprinz vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden, um sich gegen die gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen zu verteidigen, nicht zu widersetzen. Die deutsche Regierung hat der holländischen Regierung ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mitgeteilt.

Die amerikanischen Verluste.

WB. Bern, 7. Dez. Der amerikanische Pressedienst veröffentlicht eine revidierte Verlustliste mit folgenden Zahlen: Im Gefecht getötet 28 363, an Wunden gestorben 12 101, an Krankheit gestorben 16 034, aus anderen Ursachen gestorben 1980, vermisst 14 290 und verwundet 189 955 Mann.

Wilson's Europareise.

W. Paris, 7. Dez. Wilson wünscht seine Ankunft aufzuschieben. Er wird am 13. Dezember in Paris an Land gehen und in Paris am 14. Dezember eintreffen.

WB. Bern, 7. Dez. Nach einer Meldung des amerikanischen Pressedienstes fährt eines der Schiffe, die Wilson auf seiner Fahrt nach Europa begleiten werden, mehrere Tausende Dokumente mit sich, welche Tatsachen enthalten, die während der ganzen Dauer des Krieges von einer Spezialkommission in Erwartung der Friedenskonferenz gesammelt worden sind und nun entziffert werden sollen.

Ein britisches Kriegsschiff gesunken.

WB. Haag, 7. Dez. Die britische Admiralität gibt amtlich bekannt, daß das Kriegsschiff „Rassantia“ in der Ostsee auf eine Mine gestoßen und gesunken ist. 12 Mann der Besatzung wurden vermisst.

Rathenau an Sonke.

(b.) Berlin, 7. Dez. Walter Rathenau veröffentlicht im „Vorwärts“ einen offenen Brief an den Obersten Hause, dem wir folgende entnehmen: „Deutschland ist schuldlos. Der deutsche Wille war trotz aller Parolen gebunden durch die fürchterliche Willkürmacht. Durch die Revolution ist zum ersten Male der deutsche Wille frei, und dieser Wille ist der Friede. Es bleibt uns kein bedeutender Hochstift außer Rohle, der Reichsre-

Den Fronttruppen gewidmet.

Von Hans Ludw. Linkebach.

Es kam nicht so, wie wir es einst gedacht:
Ihr leht nicht heim begeisterten Umflungen,
Und war't Ihr Sieger immer in der Schlacht,
Den letzten Sieg hat doch der Feind errungen. —
Was einmal herrlich war und groß und hehr,
Und dem Millionen zugejubelt haben,
Ein Sturm hat's fortgeweht. — Es ist nicht mehr.
Und unter Trümmern liegt sein Glanz begraben.

Der starke Wall zerbröckelt und zerfällt,
Den Ihr erbautet einst in stolzen Tagen,
Doch eine ganze, haffestrunke Welt
Ruht sich zusammen, ihn zu zerschlagen.
Und eine Welt allein war stark genug,
Um jene Riesenkäfte aufzubringen
Und unser Volk durch Schmach und Betrug,
Durch Not und Hunger auf die Knie zu zwingen.

Ihr aber habt mit Eurem kühnen Schwung
Den Feind bestürmt und liebt ihn voller Grauen
Und doch mit wachsender Bewunderung
Auf unerhörte Heldentaten schauen.
Dum wird auch nie der helle Ruhmesglanz,
Der Euch verklärte, im Lauf der Zeit verblassen
Und Dichter werden einst den Vorbericht
Andächtig unsern tapfern Helden reichen.

Und deshalb, wenn Ihr heut mit müdem Fuß
Durch unsre Tore Euren Weg genommen,
Bringt Euch ein jeder seinen Gruß
Und heilt Euch in der Heimat froh willkommen.
Nicht jagen sollt Ihr und nicht traurig sein!
Mit hellen Augen wollen wir Euch sehen,
Wenn Euch zu Ehren überm deutschen Rhein
Die stolzen, schwarz-weiß-roten Fahnen wehen!

Und lebet Ihr als Sieger nicht zurück,
Als Unbesiegte seiet doch willkommen,
Als Unbesiegte, die der Heimat Glück
Mit harter Hand in ihren Schutz genommen.
Empfangen wird Euch zwar kein Jubelchor,
Doch heißer, stiller Dank an unsern Toren.
Denn unser Volk, das — ach — soviel verlor,
Euch dankt es, daß es sich nicht selbst verloren!

band droht zu zerreißen, jett drei Jahren hungert das Volk, schwindet der Nachwuchs. Wir sind tief verschuldet und haben kein Arbeitsmaterial. Ueber uns schwebt die Gefahr einer gewaltigen Kriegsschuldigung. Wir sind wehrlos. Warum sage ich Ihnen das? Nicht, um Mitleid und Erbarmen zu erbiten, sondern um von einer Verantwortung zu reden, die auf Erden nicht war und nicht wieder sein wird. Was uns angedroht wird, was der Haß und anzutun vorschlägt, ist die Vernichtung, die Vernichtung des deutschen Lebens jetzt und in aller Zukunft. Nicht an Ihr Mitleid wende ich mich, sondern an das Gefühl der menschlichen Solidarität. In diesen Tagen werden Beschlüsse gefaßt, die auf Jahrhunderte das Geschick der Menschheit bestimmen. Nicht hat ausgesprochen: Friede, Versöhnung, Recht und Freiheit für alle. Gott gebe, daß seine Worte Wahrheit werden.“

Heimsendung aus England.

Haag, 8. Dez. Die englische Regierung beabsichtigt, die in Gefangenschaft befindlichen Schwerverwundeten und zivilinternierten Deutschen demnächst nach Deutschland zu schicken.

Aus den besetzten Gebieten.

Die Besetzung von Mainz.

* Mainz, 9. Dez. Seit gestern mittag weist eine französische Militärkommission, bestehend aus zwölf Offizieren mit den zugehörigen Begleitmannschaften, in Mainz. Die Kommission, deren Aufgabe eine Befestigung der Sachlage und Prüfung der Verhältnisse in Mainz und im Gebiet des Brückenkopfes rechts des Rheins ist, traf im Kraftwagen ein und bezog Hotelwohnung. Nachmittags fanden im Gouvernementsgebäude Verhandlungen statt, an denen Generalmajor v. Studnitz und Major Sommer teilnahmen und die bis gegen Abend währten.

Auf Anordnung des französischen Militärbefehlshabers für Mainz haben alle deutschen Militärpersonen (Offiziere, Sanitätsbeamte, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften) den französischen Offizieren die vorschrittsmäßige Ehrenbezeugung zu erweisen. Die französischen Offiziere sind kenntlich an: Kappi mit goldenen oder silbernen Streifen. Ungehörig gegen diesen Befehl wird streng bestraft.

Die besetzten Gebiete.

W. Berlin. Wie ein aus Trier zurückgekehrter Vertreter des Auswärtigen Amtes mitteilt, vollzieht sich der Einmarsch der amerikanischen Truppen ohne jede Begleitercheinung für die deutsche Bevölkerung. Das Urteil aller deutschen Kreise, wie der Landesbesitzer, der Gastwirte und des Mannes auf der Straße geht dahin, daß das Benehmen der Amerikaner tadellos ist. Alles geht seinen gewohnten Gang. Die amerikanischen Kolonnen nehmen die größte Rücksicht auf den zivilen Straßenverkehr. Das vorgeschobene amerikanische Hauptquartier richtet sich seit Sonntag im neuen Regierungsgebäude ein. Es sind keinerlei Erlasse ergangen, die irgendwelche Verunruhigung in die Bevölkerung hineintragen könnten. Ein hoher Offizier vom amerikanischen Hauptquartier versicherte ausdrücklich, daß es der Wunsch der amerikanischen Führung sei, die Bevölkerung in keiner Weise zu stören. Am 9. Dezember werden die amerikanischen Linien bis Koblenz vorgeschoben sein.

(b.) Trier, 7. Dez. Das amerikanische Hauptquartier wird nach Trier verlegt. General Vershing wird die frühere Lacia-Billa beziehen. Es herrscht völlige Pressfreiheit.

Ausweisungen aus Straßburg.

Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Exil über die deutschen Linien abgeschoben. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl von angesehenen Persönlichkeiten, Kaufleuten, Anwälten, ein Oberschulrat und neun Dozenten der Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24

Stunden verlassen und kamen ohne Vermittel in badischem Gebiet an. Die Reichsleitung hat durch die Wassenstillstandskommission telegraphisch zunächst 10000 Mark für eine Hilfsaktion der badischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird weitere Mittel bereit halten.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Bürger, wahr! Eure Würde!

* Eltville, 8. Dez. Der hiesige Magistrat erläßt folgende Mahnung an unsere Einwohnerschaft: „Vielleicht nur wenige Stunden trennen uns von dem Eintreffen fremder Besatzungstruppen. Schwere Wochen stehen uns damit bevor, und es gilt, sie im richtigen Geiste zu ertragen. Vor allem vermeide jeder alles, wodurch er sich und damit auch seinen Mitbürgern Feindseligkeiten vonseiten der fremden Truppen zuziehen kann. Das wird am ehesten erreicht, wenn sich im Verkehr ausgesprochene Höflichkeit und vornehme Zurückhaltung paaren. Der Verkehr vollziehe sich rein geschäftsmäßig, nicht familiemäßig! Männer und Frauen von Eltville, vergeßt nicht, daß Ihr Deutsche seid!“

Staatliche Lebensmittelversorgung.

* Vom 1. bis 15. Dezember d. J. hat die Anmeldung zur 7. Versorgungsperiode für die Monate Januar, Februar, März 1919 zu geschehen. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nur rechtzeitige Anmeldungen berücksichtigt werden. Zur Ausgabe kommen: Knochen- und Lederleim 1. und 2. Sorte, Malerleim, Buchbinder- und Tapeziererleim, Kartoffelmehl, Textein (Kaltleim), altschwarze und neutrale Kleister. Mit der Anmeldung wird wie bisher eine Anmeldegebühr erhoben, die aus den Formularen ersichtlich ist. Sämtliche Anträge für das Holz-, Wagner-, Maler-, Buchbinder- und Tapezierer-Gewerbe sind an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe im Rheingautreife Rüdesheim, Kirchstraße 8, Herrn Karl Bruns zu richten.

Ersatzkräfte für Kriegsgefangene.

RA Rüdesheim a. Rh., 9. Dezember. Etwaiger durch die Herausziehung der Kriegsgefangenen notwendig werdender Ersatz an Arbeitskräften ist unverzüglich bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis unter dem Stichwort „Ersatz für Kriegsgefangene“ und unter Angabe der Berufsart, anzumelden.

Nichtbenutzte Saatkarten.

RA Rüdesheim a. Rh., 9. Dezbr. Den Landwirten wird im eigenen Interesse angeraten, nicht benutzte Saatkarten an den Kreisaußschuß sofort zurückzugeben, da dieselben in den Wirtschaftskarten der Ablieferungsmenge zugerechnet werden, wenn Nichtstellung durch Rückgabe nicht erfolgt.

Reider-Beschaffung.

RA Rüdesheim a. Rh., 9. Dezbr. Für die landwirtschaftliche in Lohn beschäftigte Bevölkerung sind 24 Jackenkleider in dem Geschäft von Ferd. Lamby in Eltville zu haben. Es wird ersucht, die Einkäufe baldigst zu besorgen, da in einigen Wochen die unverkauften Kleider an die andere Bevölkerungsschichten verkauft werden. Der Kommunalverband hat noch Knaben-, Mädchen- und Erbsinghemden für die Geschäfte zum Verkauf vorrätig. Anträge um Zuteilung sind direkt an die Kreisbekleidungsstelle zu richten.

Wegfall der Fleischlosen Wochen.

RA Rüdesheim a. Rh., 9. Dezbr. Betr. Gültigkeit der Fleischkarten. — Nach Fertigstellung der Reichsfleischkarten für die Zeit vom 2. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als die eingeschobene fleischlose Woche vom 16.—22. Dezbr. in Wegfall kommen soll. Da für die vorerwähnte Woche keine Fleischkartenabschnitte vorgesehen worden sind, so werden die Fleischkartenabschnitte der Woche vom 30. Dez. bis 5. Januar 1919 — weißes Papier — für die Zeit vom 16.—22. Dez. Gültigkeit haben. Für die Fleischkarten der am 30. Dez. beginnenden vierwöchentlichen Periode wird zur Vermeidung von Irrtümern farbiges Papier benutzt werden. Falls ein Versorgungsberechtigter in der Woche vom 16.—22. Dez. verreisen, also an der örtlichen Fleischversorgung nicht teilnehmen sollte, ist vor Antritt der Reise durch das zuständige Bürgermeistertamt die Gültigkeit der Fleischkartenabschnitte vom 30. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 für die Woche vom 13.—22. Dezember in jedem einzelnen Falle handschriftlich zu bescheinigen.

Erfreuliche Nachricht.

* Biebrich, 9. Dez. Vor etwa 4 Wochen erhielt die Witwe K. in der Rainzer Straße die amtliche Nachricht, daß ihr 21jähriger Sohn im Felde gefallen sei. Die Familie erließ eine Todesanzeige und einige Freunde widmeten einen Nachruf. Jetzt nun wurde die Familie erfreut durch eine Nachricht, wonach sich der Totgeglaubte in englischer Gefangenschaft befindet.

Hauptquartier Wiesbaden.

* Englischen Blättermeldungen zufolge soll Wiesbaden als französisches Hauptquartier in Aussicht genommen sein. Burell hat Marschall Koch sein Hauptquartier in Luzernburg.

Beschlagnahme.

* Langenschwabsbach, 9. Dez. Einem hiesigen Kaufmann wurden 70000 Zigarren und 30000 Zigaretten beschlagnahmt, die er während des Krieges zu hohen Preisen aus Gewinnlucht eingekauft hatte und nun zu noch höheren Preisen verkaufen wollte. Jetzt muß der profitgierige Mann die Ware weit unter dem Einkaufspreis abgeben.

Pfänderungen in Mainz.

* Mainz, 9. Dez. Freitag nachmittag versuchte eine große Menge das Proviantamt zu stürmen und zu plündern. Es waren leider nur wenig bewaffnete Polizeimannschaften zur Stelle, die sich allerdings mit großer Umsicht und Unerschrockenheit des Raubgesindels zu erwehren suchten. Die Räuber dürften kaum ihren Zweck erreicht haben. Eine Anzahl Verwundete wurde von dem Kampfplatz weggebracht.

Pferde-Versteigerung.

* St. Goarshausen, 9. Dez. Eine Militär-Pferdeversteigerung fand hier statt. Gegen tausend Käufer und

in den noch monarchischen Ländern. Er wird anrufen als letzte Instanz, wenn sich bei staatlichen Schwierigkeiten keine andere verfassungsmäßige Lösung findet, also vor allem bei Regierungskrisen, wo er im Einverständnis mit den Parteien der Kammer die neue Regierung ernannt.

Den deutschen Bedürfnissen und Gegebenheiten dürfte das französische System besser entsprechen als das amerikanische. Das letztere hat zur Voraussetzung, daß nur zwei starke Parteien im Lande sind, die um die Herrschaft ringen, und die Präsidentschaft wird dann zur Parteiherrschaft. Treten aber Absplitterungen ein, so kann es kommen, daß der gewählte Präsident nicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat (wie das bei Wilson tatsächlich der Fall ist). Bei der deutschen Neigung zur Parteilichkeit würde sich dieser Unbehagen noch stärker fühlbar machen.

Es ist eigentlich erstaunlich, daß diese ungeheuerlich wichtigen staatsrechtlichen Fragen bisher in der Öffentlichkeit so gut wie gar nicht erörtert worden sind. Das allgemeine Interesse ist durch die Sozialisierungsdebatten von ihnen abgelenkt worden. Aber das Haus baut man von Grund auf.

Fr. St.

Ludendorff und Polen.

(*) Prof. von Liebig schreibt über die Mitwirkung Ludendorffs bei der Errichtung des Königreichs Polen in den „Politischen Betrachtungen“, die er im Dezemberheft von „Deutschlands Erneuerung“ anstellt: „Als im Winter 1916—17 beschlossen wurde, Ludendorff den Weg Tirkibüyük geben zu lassen, weil er hinreichend verständig war, nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch machtpolitische Ziele zu verfolgen, wurde gegen ihn mit der Behauptung gearbeitet, er und Hindenburg hätten die Schaffung des Königreichs Polen veranlaßt. Auch Graf Hertling beteiligte sich an dieser Arbeit. Diese Behauptung war eine grobe Entstellung der Wahrheit. Die Ausrufung des Königreichs Polen wurde am 12. und 13. August von Bethmann und Düran in Wien beschlossen. Hindenburg hat die Oberste Heeresleitung erst am 29. August übernommen und sah sich vor eine vollendete Tatsache gestellt. Erfahrungen hat Hindenburg von diesem Beschluß erst, als Bethmann General Befehl zu ihm ins Hauptquartier zu Pleschitz und ihm den Plan mit der Aussicht auf 5 Divisionen Freiwillige und bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sogar auf eine Million ausgebildeter Soldaten mündig gemacht ließ. Wenn Ludendorff dann erklärte, nachdem einmal das Königreich unabänderlicher staatsmännischer Entschluß sei, seien ihm die fünf Divisionen und die Million heute lieber als morgen, so war das eine einfache militärische Selbstverständlichkeit und keine politische Einmischung.“

Zur inneren Lage.

Die Nationalversammlung.

(*) Der preussische Kultusminister Adolph Hoffmann hat in einer Versammlung erklärt: „Die Wahlen zur Nationalversammlung sind viel zu früh angesetzt. Bis zu dem bestimmten Termin kann ein großer Teil der Wehrtruppen noch gar nicht zurück sein. Diesen Wählern ist also das Wahlrecht genommen. Ebenso kann die Auffassung der breiten Volksmassen und vor allem der Frauen in der kurzen Zeit bis zur Wahl nicht in der erforderlichen Weise erfolgen. Die Errungenschaften der Revolution wird sich das Volk nicht wieder rauben lassen. Ergeben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit, dann muß die Nationalversammlung eben geprengt und die Diktatur des Proletariats ausgerufen werden. Jeder Parteianhänger muß dann bereit sein, auf die Barrikaden zu steigen und mit seinem Körper für die sozialdemokratische Sache einzutreten.“

Der Putschversuch gegen den Volksrat.

(*) Über die Verhaftung des Berliner Volksrates hat die Unternehmungslustige folgende Geschichte erzählt: Witzelweber Fischer, der den Volksrat teilnehmen wollte, hat den Auftrag hierzu von einem gewissen Marten und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, dem Grafen Ratuschka und dem Herrn v. Rheinbaben erhalten. Diese wurden festgenommen. Als Urheber jenes Auftrages wurden weiter eine Reihe anderer Persönlichkeiten verhaftet, und zwar 22 Herren, die im Hotel Bristol ihre Zusammenkünfte abhielten. Das Hotel wurde umstellt, und im Salon Nummer 211 über 20 Herren festgenommen. In einem Nebenraum fand man 300 Gewehre, die mit Beschlag belegt wurden. Es waren mehrere Studenten, sowie ein früherer Prinz Hohenlohe und ein Dr. Sachs darunter.

Nach einer späteren Meldung soll die Verhaftung im Hotel Bristol sich als harmlos herausgestellt haben. Diese Herren waren versammelt in bezug auf Bildung einer Studentenwehr, die für die gegenwärtige Reichsleitung tätig sein wollte.

Gegen die Spartakusgruppe.

(*) Der Berliner „Vorwärts“ spottet in bitteren Worten über den — wie er schreibt — an Größemahn krankenden Karl Liebknecht, der sich am Sonntag gerührt habe, das ganze Nest der Reichsregierung ausnehmen zu können, sich aber größtmäßig auf ein Hochrufen für die Revolution beschränkte. Aber nehmen wir an, Liebknecht hätte wirklich 10 Minuten nach 7 Uhr die Macht befehlet, „das ganze Nest auszunehmen“, um sich als „erklärter Präsident der Republik“ hinzusetzen, was wäre weiter geschehen? 20 Minuten später wäre die republikanische Soldatenwehr erschienen und hätte das ganze Spartakusnest in der Reichslanze ausgehauen. Sie hätte es, wie wir die Stimmung der Soldaten kennen, mit dem größten Vergnügen von der Welt getan und zweifellos wäre es ja auch gelungen, denn sie hat — auf Wort! — noch viel mehr Maschinengewehre als Liebknecht.

Liebknechts einstige Kameraden, nämlich der Soldatenrat der 5. Kompanie des Artilleriebataillons, bei dem er gestanden hat, erklärt eine Erklärung, in der es heißt, daß sie ihn früher verehrt hätten, daß sie aber seine jetzige verwerfliche Tätigkeit auf das härteste bekämpfen und wie ein Mann hinter der jetzigen Regierung stehen.

Neuerungen Scheidemanns.

(b.) Haag, 10. Dez. Der Korrespondent des „Daily Express“ in Berlin hatte eine Unterredung mit Scheidemann, der ihm u. a. auf die Frage, welche Garantien Deutschland für die Stabilität der gegenwärtigen Regierung der Entente geben könne, antwortete: „Die Garantie liegt in der möglichst schnell Einberufung der Nationalversammlung.“ Ueber die Sal-

tung der gegenwärtigen Regierung zu der Forderung der Alliierten auf Aburteilung des Kaisers erklärte Scheidemann: Die Frage, ob ein Staatsgerichtshof errichtet werden soll, vor dem alle Personen, die an dem Kriegsausbruch als schuldig zu erachten sind, zu erscheinen haben, wird nach der Konstituierung der Nationalversammlung geregelt werden. Persönlich bin ich der Ansicht, daß der Kaiser jetzt schon genügend bestraft ist, jedoch muß der Kern der Frage bezüglich des Anteils des Kaisers an dem Kriegsausbruch noch klargestellt werden.

Delegiertentagung der A.-Räte in Bayern.

(r.) Gegenwärtig sind in München die Delegierten der Arbeiterräte aus dem ganzen Lande zu einer Tagung versammelt. Es handelt sich um die Vorbereitung der provisorischen Nationalversammlung. Ministerpräsident Eisner entwickelte das Programm der Regierung, in welcher Rede er manches sagte, was er in letzter Zeit an anderer Stelle sagte, wiederholte oder variierte. Dabei bemerkte er: „Wir stehen vor der Weltrevolution. Immerhin ist die Nationalversammlung notwendig. Es ist gut, daß sie rasch kommt, weil dadurch eine Menge abenteuerlicher Anschauungen beseitigt wird.“ — Minister des Innern, Auer, sagte, je geordneter und geschlossener das ganze Volk sei, desto eher komme der Friede. Finanzminister Dr. Jaffé erörterte die politischen Aufgaben der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte im Rahmen der Republik. — Die Debatte wurde, nachdem über die Frage der Vertretung der Arbeiterkraft in der provisorischen Nationalversammlung erregt diskutiert wurde, vertagt.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Ullrich.

In Darmstadt sprach Ministerpräsident Ullrich in einer sozialdemokratischen Volksversammlung über den Ausbau der neuen Republik. Eine vieltausköpfige Jucherschar aus allen Schichten der Bevölkerung war anwesend. Der Ministerpräsident sprach der heftigen Beamtenschaft seine Anerkennung aus, daß sie ihrer Pflicht dem Vaterlande gegenüber durch treues Ausbleiben aus ihrem Posten treu geblieben sei. Er flüchtete weiter den militärisch-politischen Zusammenbruch Deutschlands und den verhältnismäßig ruhigen Verlauf der Revolution. Als er am Revolutions-Samstag ins Schloß gerufen wurde, habe er dem vormaligen Großherzog sofort erklärt, wenn Blutvergießen verhindert werden solle, dann müsse der Großherzog freiwillig abdanken. Leider habe der vormalige Großherzog, dessen tragischem Geschick als Mensch man nicht die Achtung verleihe, anders entschieden. Die opferbereite Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte habe dennoch das Blutvergießen verhindert. Er sollte den Feldsoldaten, den Offizieren, wie auch Hindenburg, Dank für die Durchführung des Rückmarsches, der ordnungsgemäß konstatiert ging. Erst wenn die Nationalversammlung gebildet sei, werde man die Frage der Sozialisierung erwägen können. Die Arbeitskommission müßte anderweitig nutzbar gemacht werden. Die Hauptfrage der Regierung seien die Ernährungs- und Verkehrsfragen. Die Landwirtschaft scheine ihrer Pflicht zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse nachzukommen. Rohstoffe seien nach Auskunft der zuständigen Reichsstelle noch genügend vorhanden. Von mancher Seite würden besonders lebhafte Fragen übertrieben in der dunklen Nacht, die vorhandene Unsicherheit zu steigern. Die bestehenden Klassen müßten sich nun daran gewöhnen, daß sie zu wesentlich höheren Steuern herangezogen werden müßten. Das Schulwesen müßte reformiert und Kunst und Wissenschaft gefördert werden. In der Kunst, die dem Volke gehören sollte, müsse für die schaffende Jugend freie Bahn gegeben werden. Koalitionsfreiheit für die Beamten, Freiheit der Presse, Neugestaltung der Polizei, Beseitigung aller Schranken für die religiöse Betätigung seien weitere Programmpunkte. Unter allen Umständen müßte die Einheit Deutschlands aufrecht erhalten bleiben. An der Spitze der neuen Republik sollten die Worte stehen: Pflicht der Arbeit, Recht des Lebens.

Allelei Nachrichten.

Aus der Waffensstillstandskommission.

(*) Linksrheinisch beheimatete Wehrpflichtige dürfen, auch wenn sie im Besitz der Entlassungspapiere sind, das besetzte Gebiet nur in Zivilkleidern betreten. Tragen sie Uniform, so werden sie als Kriegsgesangene behandelt.

(*) Die Besprechungen über die Verlängerung des Waffensstillstandes in Trier werden am 12. Dezember beginnen.

Hindenburg.

(*) Der Leipziger A.- und Z.-Rat hat beschlossen, daß Hindenburg verhaftet werden solle. Es muß bemerkt werden, daß in Leipzig die unabhängigen Sozialisten die Oberhand haben. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerrat des Kreises Braunsberg bezeichnet ein solches Beginnen als Schmach und Schande, spricht dem Leipziger A.- und Z.-Rat die Berechtigung ab, sich als Vertreter des Volkes zu bezeichnen und erhebt flammenden Protest gegen den Leipziger Beschluß.

(*) Der „Deutsche Kurier“ fordert, daß die erste Rundgebung unserer Nationalversammlung ein Dank sei an Hindenburg und unser Heer. In der letzten Zeit haben verblendete Menschen, ganz besonders die „Kote Hasne“ den Haß auf Hindenburg ausströmen. Das müßte gegenüber diesem Manne wieder gutgemacht werden.

Die Schlüssel von Metz.

(b.) Wie aus Basel berichtet wird, verbreitet die Havasagentur unter dem 9. Dezember folgende Meldung: Präsident Poincaré wird heute morgen feierlich in Straßburg einziehen. — Während der Feier im Rathaus zu Metz ergriß nach den Ansprachen des Maire und Poincarés Clemenceau das Wort und führte aus: „Herr Bürgermeister! Als die Deutschen durch Verrat in die Stadt einzogen und die vergeblichen, gelang es General Mappalet glücklicher Weise, die Schlüssel in Sicherheit zu bringen. Diese wurden von seiner Familie sorgfältig verwahrt und mir jetzt zugeföhrt. Ich vertraue sie Ihnen heute an. Hüten Sie sie gut.“ Wir werden es verstehen, sie für immer zu bewahren“, rief der Bürgermeister aus, indem er die Schlüssel aus der Hand Clemenceaus entgegennahm.

Prinz Adalbert.

(b.) Berlin, 5. Dez. Prinz Adalbert von Preußen, der als Kapitän während des Krieges bei der Marine Dienst getan hat, nimmt gegen die Rundgebung des Prinzen Heinrich an die Mitglieder des Hohenzollernhauses Stellung und gibt in der „Kreuzzeitung“ folgende Erklärung ab: „Am 20. No-

vember habe ich mich durch ein Telegramm an den Vizepräsidenten Ebert zur Verfügung der jetzigen Reichsregierung gestellt. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich sehe ich allein in ihr die Obrigkeit, die mit allen meinen Kräften zu unterstützen ich als meine vornehmste Pflicht betrachte.“

Die Ex-Kaisersfamilie.

DP. Haag, 10. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Wie verlautet, wird das Landgut Belmonte auf dem Wageningen'schen Berg, das Eigentum der Gräfin von Buchelen de Constant Rebeque, in aller Kürze als Wohnung für die ganze deutsche kaiserliche Familie (?) bestimmt werden. Es werden Unterhandlungen geführt mit der Direktion zweier Hotels in der Nähe des Landgutes, das auf einige Monate gemietet werden soll.

Der Ex-Kronprinz.

WB. Amsterdam, 6. Dez. Nach einer Mitteilung aus New-York hatte der hiesige Korrespondent der „Associated Press“ am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen, in der der Kronprinz unter anderem sagte, er habe auf nichts verzichtet und kein Dokument unterzeichnet; aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach amerikanischem oder französischem Muster beschließen wolle, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufrieden geben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun — Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege betrachte, sagte der Kronprinz, seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschefs nicht nervös gewesen wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensvorschlüsse zu machen, selbst auf Kosten großer Opfer, wobei er selbst soweit gehen wollte, Elßaß-Lothringen aufzugeben. Er habe aber zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen solle. — Ueber den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz: Gegenüber allen bisher im Ausland veröffentlichten Berichten erkläre er, daß der Krieg niemals gewünscht habe. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampf teilnehmen werde. Aber seine Ansicht sei vom Prinzen Heinrich und den anderen Mitgliedern der Familie Hohenzollern nicht geteilt worden. — Der Kronprinz sprach mit Erbitterung über die Arbeit des Generalstabs, der, wie er sagte, für eine Anzahl von Irrtümern verantwortlich sei, darunter für die große Märzoffensive dieses Jahres, an der im Widerspruch zu seiner eigenen Überzeugung er habe teilnehmen müssen. Er erklärte ferner, daß Ludendorff die Haupttriebfeder der deutschen Kriegspolitik gewesen sei. Ludendorff und sein Stab hätten die feindliche Truppenmacht fortwährend unterschätzt. Sie hätten nie geglaubt, daß Amerika so viele Soldaten senden würde, wie es tatsächlich tat. Zum Schluß erklärte der Kronprinz, daß er Wilson bewundere, der — dessen sei er sicher — dem deutschen Volk einen gerechten Frieden bringen werde.

Herrn Joffes Waffen.

(*) Der frühere russische Vertreter in Berlin, lebt in Moskau, Joffe, macht in einem Rundspruch Mitteilung, daß die von ihm in Berlin verbreiteten Propagandaschriften durch die unabhängige sozialdemokratische Partei vertrieben worden sei. Herr Barth wurden außerdem mehrere hunderttausend Mark zur Beschaffung von Waffen übergeben. Zum Schluß des Rundspruches rühmt sich Joffe, im Verein mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen auch für seine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben. — Herr Barth erklärt hierzu, daß er niemals weder von Joffe noch von einem anderen russischen Genossen Geld oder Waffen erhalten habe. Durch seine Hände wären zur Vorbereitung und Propaganda der Revolution mehrere hunderttausend Mark gegangen, die er lediglich von deutschen Genossen erhalten habe. Er habe den Genossen Joffe nur einmal, etwa 14 Tage vor der Revolution gesehen und gesprochen, nachdem er bereits den größten Teil der Waffen angeschafft hatte. Ferner erklärt Herr Barth, daß er von der Waffenschaffung der Parteileitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, insbesondere Haase, erst Mitteilung gemacht, als er die Waffen besaß, und seine Genossen vor vollendete Tatsachen stellte. — Herr Haase unterschreibt die Mitteilungen des Herrn Barth und fügt noch hinzu, daß die Parteileitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei nur ihre eigenen Propagandaschriften verbreitet hätte, nicht jedoch die Verbreitung anderer Propagandaschriften vermittelt habe.

Die Bolschewiken.

(*) Wie aus Stockholm berichtet wird, hat die schwedische Regierung die diplomatischen Beziehungen zum bolschewistischen Rußland abgebrochen. Als Grund gab der Minister des Auswärtigen die in Schweden betriebene Propaganda an. Norawsky wurde erschwert, mit seinem Personal das Land zu verlassen. Daß man auf dem Dampfer „Polhem“, den der Stockholmer Bolschewikgenosse Norawsky für die Fahrt nach Petersburg gechartert hatte, eine Menge wichtiger Dokumente beschlagnahmt hätte, die die energischen Vorbereitungen der Bolschewiken für eine Weltrevolution bewiesen, sei Grund genug, diesen Schritt zu tun.

Aus den besetzten Gebieten.

(*) Wie nach einer Genfer Meldung das „Echo de Paris“ meldet, soll dem Wunsch der französischen Soldaten, Elßaß-Lothringen und die Rheinlande zu besetzen, Rechnung getragen werden. Die Besatzungsstruppen werden in bestimmter Frist abgelöst und durch andere ersetzt werden. Das 21. Armee Korps unter General Mangin's Führung wird Mangin's befehlen.

Die Besetzung von Mainz.

Ein Teil der für Mainz bestimmten französischen Besatzungsstruppen, etwa 2000 Mann vom Infanterie-Regiment Nr. 154 und dem 10. Jäger-Regiment, traf am Montag mittag um 3/4 1 Uhr in einem Sonderzuge von Münster a. St. im hiesigen Hauptbahnhof ein. Nachdem die Abteilungen auf dem Bahnhofspalast aufgestellt genommen hatten, ging es unter klingendem Spiel der Regimentsmusik nach der

Elisabethkaserne, wo der Haupttrupp Unterkunft fand. Eine Abteilung wurde in die Zitadelle und eine andere nach Alsterborn gelegt. Die Offiziere nahmen Quartier in Hotels. Weiter trafen noch 200 Radfahrer und eine Anzahl Automobilen ein; von den letzteren fanden acht Aufstellung vor dem Gouvernement. Bereits im Laufe des Nachmittags wurden die Wagen bezogen. Die Besatzung steht unter dem Befehl des Obersten Geybet, der im „Holländischen Hof“ Wohnung genommen hat.

Der Verkehr

In Mainz ist von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterbunden; auch die Straßenbrücke Mainz-Kastel ist nur während dieser Zeit gesperrt. Der Zugverkehr auf der Pfalz- und der Rheinischen Bahn ist noch nach dem bestehenden Fahrplan im Gang. Die rechtsrheinischen Züge verkehren vorläufig noch auf der ganzen Strecke Köln-Denk-Lahnstein-Bischofsheim-Mainz-Kastel-Frankfurt. Es wird während der Tage des Vorrückens in die Brückenköpfe vielleicht mit einer Unterbrechung auf einige Tage zu rechnen sein.

* Aus Rheinhessen, 11. Dez. Die größeren Orte Rheinhessens sind nunmehr bereits ausnahmslos mit französischen Truppen besetzt. Kleinere Orte unter 500 Einwohnern sollen, wie verlautet, keine Einquartierung erhalten, während größere Gemeinden mit etwa 5 Prozent ihrer Einwohnerschaft durch feindliche Besatzung belegt werden. Die Feinde, die sich der Einquartierung gegenüber selbst zurückhaltend und ruhig verhalten, wurden von der rheinischen Bevölkerung überall mit fester Zurückhaltung und Würde empfangen. Nirgends ist etwas von Zwischenfällen bekannt geworden.

* Mannheim, 11. Dez. Zum Oberkommandierenden der französischen Besatzungsarmee in der Pfalz wurde General Gérard ernannt. Er richtete an die Bevölkerung folgenden Aufruf: Ein weites Herz und der Geist der Toleranz und Gerechtigkeit wird die Besatzung leiten. Unter diesen Umständen möge jeder loyal seine Pflicht erfüllen und die neuen Vorschriften beachten. Frankreich achtet die Freiheit anderer und wird unablässig in seinem Siege sein Ideal, die Gerechtigkeit, durch die Eroberung der Geister und Herzen, weiter verfolgen.

Der Rheinbrückenverkehr in Düsseldorf.

* Köln, 11. Dez. Die „Köln. Bzg.“ meldet aus Düsseldorf: Obgleich Erzberger hierher telegraphierte, daß die Aussicht auf Aufhebung des Verbots des Verkehrs zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiet nicht groß sei, ist inzwischen doch eine kleine Erleichterung zustande gekommen. Von vormittags 9 Uhr ab bis nachmittags 5 Uhr dürfen alle 15 Minuten 5 Personen über die Rheinbrücke gehen. Bedingung ist ein besonderer Ausweis. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden.

* Köln, 11. Dez. In Arefeld sind am Samstag belgische Radfahrer als Vortrupp der Besatzung eingetroffen.

* Jülich, 11. Dez. Der Bürgermeister von Jülich macht bekannt, daß ein jugendlicher festgenommen wurde, weil er einer Fahne der Besatzungstruppen keine Ehrenbezeugung erwies. Wegen seiner Ungehorsamkeit wurde von der Uebervorsung an ein Kriegsgericht abgesehen.

* M.-Gladbach, 10. Dez. Der belgische Kommandant von M.-Gladbach befahl, daß die Waren in den Schaufenstern Preisausschriften tragen müssen.

* Stolberg bei Aachen, 10. Dez. Die hiesige Besatzung besteht aus Amerikanern, Belgiern und Engländern. Eine Unterbrechung des Fernsprechverkehrs ist nicht beabsichtigt, da dem Personal aufgegeben wurde, auf seinem Posten zu verbleiben. Der Vertreter der Aachener Presse wurde von Oberst Garcia empfangen und ihm mit der Aufforderung, es zu veröffentlichen, folgendes gesagt: Wir sind hier um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, die Bürger und die Stadt zu schützen und Plünderungen und Verbrechen zu verhindern. Meine Anordnungen sind streng; ich verlange genaueste Befolgung. Alles hängt von dem Verhalten der Bevölkerung ab. Ist diese gut, dann treten schon bald Erleichterungen ein.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Warnung vor dem Zug nach Großstädten.

Am Radebeim a. Rh., 11. Dez. Nach den Erfahrungen, die bisher bei der Arbeitsvermittlung und erwerbslosen Unterbringung in Frankfurt a. M. gesammelt worden sind, ist der Zufluß an Arbeitskräften aus den Orten des Regierungsbez. Wiesbaden nach Frankfurt a. M. ein sehr großer. Vor diesem Zug nach Frankfurt a. M. muß auf das nachdrücklichste gewarnt werden, da der Arbeitsmarkt in Frankfurt a. M. keineswegs derart liegt, daß eine größere Zahl von Arbeitskräften dort untergebracht werden kann. Insbesondere muß auch beachtet werden, daß den zuziehenden Arbeitern in Frankfurt a. M. eine Erwerbslosenunterstützung nicht gegeben werden kann, falls sie dort nicht ordnungsgemäß sind. Die Lage der Zugziehenden kann also außerordentlich bedenklich werden. Alle beteiligten Stellen werden gut daran tun, den Zug nach Frankfurt a. M. mit allen Mitteln zu verhindern. Das gleiche gilt übrigens für alle größeren Städte, so auch für unsere Nachbarstadt Wiesbaden.

Betrifft: Vergebung von Anträgen.

Am Radebeim a. Rh., 6. Dez. Der Minister für Handel und Gewerbe veröffentlicht folgenden Aufruf über die Vergebung von Arbeitsaufträgen, den wir allgemeiner Beachtung dringend empfehlen: Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu reichlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hunger und Ausbreitung. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht nicht genug, auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an

die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Wenderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Auftrag zu geben. Somit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Geschäftsleute jetzt ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Entlassungsgebühren.

* Diejenigen Mannschaften, die ihre Entlassungs- und ihre Marschgebühren noch nicht erhalten haben, können sich beim Kontrollamt in Wiesbaden, Bertramstraße 3, melden, wo die Auszahlung erfolgt.

Das geraubte Schwein.

* Rierstein, 11. Dez. Die Soldaten eines hier während des Durchmarsches einquartierten Rekrutenbataillons hatten von ihrem Standort an der Westfront ein Schwein mitgebracht, das sie später, wenn die guten Verpflegungsquartiere der Rückzugzeit aufhörten, für ihre Kompanie abschachten wollten. Unbekannte Diebe erbrachen hier jedoch den Quartierstall und nahmen das Kompanieochsenfleisch mit.

Ein Goldzug.

In der Richtung nach dem Westen durchfuhr dieser Tage ein Zug mit Gold den Bahnhof Frankfurt a. M. Der Sonderzug, in dem zum Schutze gegen Angriffe mehrere Maschinengewehr-Abteilungen untergebracht waren, zählte 52 Wägen und verbaug 93 536 Kilogramm Feingold im Betrage von rund 346 Millionen Mark, die in Erfüllung der Währungsbedingungen von Berlin nach Frankreich geschickt wurden.

Tumulte in Frankfurt a. M.

Vor dem Militärmagazin Mainzer Landstraße 155 kam es Montag mittag zwischen der Volksmenge, die unbotmäßig in die Räume vorzudringen suchte, und der aufsichtsführenden Arbeiterwehr zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Wehr von ihrer Waffe Gebrauch machen mußte. Hierbei wurde der 27jährige Optiker Hermann Zimmer aus Biehlau erschossen. Einige andere Zivilpersonen wurden verletzt.

Schleichhandel.

* Weinheim (Bergstraße), 11. Dez. Der Bäckermeister Sal. Künzel von hier hatte von dem Backmeister der hiesigen Feldbäckerei und dem beir. Sergeanten 75 Zentner Mehl auf dem Schleichwege erworben. Die Dieberei kam heraus, das sämtliche Mehl wurde beschlagnahmt und die drei Beteiligten verhaftet.

(:) München, 7. Dez. Nach Blättermeldungen hat in den letzten Tagen das bayerische Kriegswirtschaftsamt in den Geschäftsräumen der Herrenkleiderfabrik J. S. o. d. r. B. a. d. eine Geschäftskontrolle vor, die ein riesiges Lager zurückgehaltener Herren-, Damen- und Knabenbekleidungsstücke zutage förderte. Es wurden Waren noch aus dem Jahre 1914 vorgefunden, im ganzen etwa 30 000 Stück; außerdem wurde ein Lager von Bauerneinwandern vorgefunden, um durch deren Verkauf von der Landbevölkerung Lebensmittel zu bekommen. Nach den bisherigen Erhebungen erzielte nach dem Kriegsausbruch riesige Uebergewinne, die zwischen 200 und 600 Prozent schwanken. Die gesamten Lager wurden beschlagnahmt.

Zurückgabe der Rucksäcke.

* Berlin, 11. Dez. Wie das Wolffsche Bureau von zuständiger Seite erfährt, erhalten jetzt die Regierungen von Frankreich und Belgien die einen Milliardenwert darstellenden Rucksäcke zurück, die sich in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten bei ihrem Einmarsch dorthin befanden. Daß dies möglich ist, ist nur den weit vorausschauenden Maßnahmen zu danken, die die deutsche Heeresleitung unmittelbar nach dem Vormarsch der deutschen Armeen in die Wege geleitet hat.

Freigabe der Rheinschifffahrt.

Die der Regierung nahestehenden „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ melden: Die Rheinschifffahrt ist jetzt freigegeben. Sie steht unter der Kontrolle der in Köln eingetroffenen internationalen Schifffahrtskommission. In Duisburg, Emmerich, Straßburg und Mannheim hat diese Unterausschüsse bestellt. Die deutsche Regierung hat in Köln ein Kommissariat eingerichtet, das ein Dienstgebäude in der Eisenbahndirektion hat. Vorsteher ist Hauptmann Rescher. Alle Beschwerden über Unterbrechung der Rheinschifffahrt sind an die internationalisierte Schifffahrtskommission zu richten.

Gastwirtschaften nicht mehr beschlagnahmt.

* Die Wäse in Gastwirtschaften und ähnlichen Betrieben sowie in Wäseverleihschäften war bisher auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 25. Aug. 1917 beschlagnahmt. Diese Beschlagnahme ist nunmehr durch eine Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle aufgehoben worden. Die Besitzer solcher Wäse können sie darnach wieder beliebig in ihrem Betrieb verwenden oder verarbeiten. Die Veräußerung dagegen ist nur ohne Gewinn und nur an Wiederverkäufer, nicht aber an Verbraucher (§ 9 der Bekleidungsverordnung vom 16. Juni — 23. Dezember 1916) gestattet. Das Tischdeck- und Mundtuchverbot mußte zunächst noch aufrecht erhalten bleiben.

Die Ausichten auf bessere Schuhversorgung

sind nach Mitteilungen der Reichskommission nicht günstig. Erst nach etwa einem halben Jahr wird eine Verbodoppelung der gegenwärtigen Schuherzeugung möglich sein. Aber auch dann werden nur Dreiviertel der Bevölkerung ein Paar Lederschuhe im Jahr erhalten können, während ein Viertel nach wie vor unverpflegt bleiben muß.

Heutige Zustände!

* Aus einem Reservelazarett bei Berlin wird folgendes geschrieben: Bei uns erhält der Oberarzt 130 Mark Gehalt, der Schweinehirt unseres Lazarets 150 Mark, der Wärter 300 Mark!

Herabsetzung des Getreideverbrauchs für die Bierherstellung.

Um noch mehr Getreide für die Herstellung von Brauen und zur Brotstreckung freizumachen, ordnete der Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts Burm an, daß die Getreidebelieferung der Bierbrauereien wesentlich eingeschränkt ist. Die Brauereien werden nur bis fünf Prozent des Friedensverbrauchs an Getreide geliefert. Durch eine Anordnung wird die den Brauereien überwiesene Getreidemenge etwa um ein Drittel der bisherigen Lieferung gekürzt. Es ist dafür Sorge getragen, daß die freiwerdende Menge im Betrage von ungefähr 27 500 Tonnen sofort den Graupenmahlen zugeführt wird. Eine weitere Kürzung war unmöglich, weil die Brauer bereits beliefert waren und die Getreide vermehrt hatten.

Die Heeresstärke im Weltkriege.

* Nach dem Londoner „Daily Express“ brachten es die verschiedenen Nationen im Kriege auf folgende Heeresstärken:

Nation	Mann
England	8 000 000
Frankreich	6 500 000
Deutschland	12 000 000
Oesterreich	6 000 000
Amerika	2 000 000
Rußland	10 000 000
Italien	3 500 000
Türkei	1 000 000
Serbien	500 000
Griechenland	300 000
Belgien	500 000
Rumänien	500 000

Zusammen 50 000 000 Mann.

Explosierte Granate. In Eschborn bei Höchst am Main wurden vier 6- bis 11-jährige Knaben durch explodierende Granaten, die durchziehende Artilleristen in leichtsinniger Weise fortgeworfen hatten, getötet.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich während des Durchmarsches unserer Truppen in Landenbach am Main. Ein einquartierter Soldat hatte seinen noch nicht entladenen Karabiner an die Wand gehängt. Der 9-jährige Sohn des Hauses, der sich bei den Soldaten zu schäffeln machte, nahm unversehens die Waffe von der Wand herunter und machte damit allerlei Griffe. Da krachte plötzlich ein Schuß, und im gleichen Augenblick stürzte auch schon die Mutter des unglückseligen kleinen Schützen tödlich getroffen zu Boden.

Eine „christlich christliche“ Schneiderrechnung. In einer Handarbeitsammlung befindet sich nachfolgende, im Original vorhandene Schneiderrechnung aus dem Jahre 1690, die in der Höflichkeit ihrer Abfassung und in der Bescheidenheit ihrer Preise uns heute wie ein sagenhaftes Dokument aus vorweltlicher Zeit anmutet: „Der Jungfer Albine Morneim die Maß vor ein Kleid genommen 4 Groschen; die Stücke zu einem faltigen Unterteil zusammengeknüpft 6 Groschen; den Oberleib genon für die Brust, die Ärmeln und Arme der Jungfer geformt 7 Groschen; vor Seide 3 Groschen; Baumwolle eingeknüpft 3 Groschen. Dieses Kleid ordentlich abgeben, bittet um Bezahlung dieser christlich-christlichen Rechnung vor Lichtmeß Gottlieb Lieber, Schneider für den hiesigen Adel wie für Bürgerleute, Heidelberg.“

Kohle von Spitzbergen. Die erste Ladung Kohle von Spitzbergen ist vor kurzem in Schweden angekommen, und in den nächsten Tagen erwartet man weitere Kohlenlieferungen. Die Spitzbergkohle ist, wie der Kapitän des Schiffes mitteilt, von ausgezeichneter Beschaffenheit, ja, als Bunkerkohle noch besser als die englische. Sie ist blank und fein wie Anthrazit. Die Kohlenlager auf Spitzbergen sind, da sie an der Oberfläche liegen, sehr leicht zu fördern. Man braucht sie nur herauszuheben, in Wagen zu verladen und auf einer Rutschbahn hinab zum Hafen zu befördern. Die Bergleute, im ganzen 140 Mann, verdienen viel Geld. Ein Tagelohn von 40 Kronen ist ganz gewöhnlich, und ein beträchtlicher Teil des Verdienstes kann gespart werden. Für Essen zahlen die Arbeiter 3 Kronen täglich, für die Wohnung 30 Öre. Wenn man bedenkt, daß es keine Möglichkeit gibt, für Vergnügungen usw. Geld auszugeben, so erscheint es nicht unglücklich, daß manche Arbeiter 10 000 Kronen im Jahr gespart haben.

Was ein Hälchen werden will. Zwei junge Burken aus Koblenz, die dort einem 16-jährigen Postausheiser zum Diebstahl eines Wertbriefes über 100 000 M. verurteilt hatten, haben sich mit diesem Raub in Frankfurt und Wiesbaden vergnügt Tage gemacht. Sie führten ein ausschweifendes Leben und besaßen die besten mit kostbarem Schmuck. Die beiden armen Lebemänner fielen vor kurzem der Wiesbadener Polizei in die Hände, die sie festnahm und nach Koblenz schickte. Hier entpuppten sich die beiden als zwei Hausdiener. Ein Teil des Raubes war noch vorhanden.

Schülerräte sind in der Zeit, in der jeder Stand seinen Rat wählt, selbstverständlich auch eine unbedingte Notwendigkeit. An den höheren Unterrichtsanstalten Münchens mit Einschluß der Präparandenanstalten, Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten, den landwirtschaftlichen Schulen, den höheren Mädchenschulen, Kunstgewerbeschulen und gewerblichen Fachschulen sollen alsbald Schülerausschüsse gebildet werden, für die das Kultusministerium Gesichtspunkte bekannt gibt. Die Mitglieder des Ausschusses werden alljährlich von den Schülern in geheimer Wahl gewählt. Natürlich hat aus Billigkeitsgründen jede Schule auch einen Lehrer-Vertrauensrat, bestehend aus dem Institutsvorstand und zwei Mitgliedern des Lehrkörpers, die der Vorstand des Schülerausschusses um Uebnahme dieses Amtes für ein Jahr ersucht.

Raubgefindel in Uniform. Die Uniform ist eine beliebte Maske für Raubgefindel aller Art geworden. So drangen sechs als deutsche Soldaten verkleidete bewaffnete Räuber in das deutsche Generalkommando in Dorpat ein und raubten eine Million Rubel in Hundert-Rubelscheinen der Darlehenkassette Ost und russischen Tausendrubelnoten. Sie entliefen unermittelt. — Das Post- und Zollgebäude auf dem Hauptbahnhof von Thorn wurde durch ein Großfeuer eingeäschert. Tausende von Paketen, die dort wegen der Postsperrre mit Rußland lagerten, wurden vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Militärische Gelder. Ein merkwürdiges Verfahren mit militärischen Geldern hat der österreichische Major des Generalstabes Franz von Bucher bei der Eisenbahnzentrale in Wien eingeschlagen. Er hat nach Erklärung der Kassa 8 Millionen Rubel an die O-

fiere und Mannschafspersonen der Eisenbahzentrale und des Infanterie-Regiments Nr. 23 verteilt. Die Mannschafspersonen erhielten je 750 Rubel, Offiziere 6500 Rubel, jede Mannschafsperson der Zentrale 3000 Rubel. Das Staatsamt für Heereswesen wurde bereits vor mehreren Tagen über den Abgang der Gelder der Eisenbahzentrale Kiew verständigt und außerdem meldete sich ein Infanterist beim Wiener Volkswehrkommando, der selbst 3000 Rubel erhalten hatte und den ganzen Hergang erzählte.

Türkische Fabel. Jedesmal, wenn die schöne Zuleima spazieren ging, bemerkte sie, daß ein Jüngling sie verfolgte. — „Warum folgst du mir?“ fragte sie ihn eines Abends. — „Weil ich dich liebe.“ — „Und warum liebst du mich?“ Sieh dich um. Dort hinten geht Farine, die mich an Schönheit übertrifft. Schenke ihr deine Liebe.“ — Erwartungsvoll wandte der Jüngling seine Blicke nach rückwärts und sah sich einem häßlichen Weibe gegenüber. — „Warum hältst du mich so zum Narren, Zuleima?“ — „Ich wollte dich auf die Probe stellen, ob du mich wirklich liebst. Wäre es wahr, so hättest du dich gewiß nicht nach einer anderen umgesehen!“

— **Unsere Brotversorgung.** Die Aussichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des trockenen Wetters die nachfruchtete teilweise rascher beendete wurde, als erwartet war. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, so daß die Bemühungen der Reichsgetreidekommission und der Kommunalverbände Erfolg hatten, daß mehr Getreide, als erwartet, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr im vollen Umfange aufrecht erhalten wird, werden sich die Engländer an Brotgetreide bereit sein lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar hinaus gesichert ist. Wenn in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Vorräte Berichte gab, die den Tatsachen nicht entsprechen, so erklärt sich das damit, daß zwischen den Entwürfen sowie der Entwerfung sich stets bedeutende Unterschiede ergeben müssen. Durch die Grippe-Epidemie, die große Erschwerung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse, sind in der letzten Zeit empfindliche Verzögerungen in der Ablieferung hervorgerufen worden. Unzutreffende Angaben über vorhandene Vorräte sind von keiner amtlichen Seite gemacht worden.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrach.

Bekanntmachung.

Das von der Regierung in Wiesbaden in dem Gebäude Vertramstr. 3 seit dem 1. Dezember eingerichtete Kreis-Meldeamt führt von heute ab die Bezeichnung

„**Kontrollamt Wiesbaden.**“

Die von den Truppenteilen jetzt noch zur Entlassung kommenden Personen haben sich von jetzt ab also bei dem **Kontrollamt Wiesbaden, Vertramstr. 3,** anzumelden.

Versorgungsangelegenheiten werden ebenfalls dort geregelt.

Ueber die Auszahlung rückständiger Gebühren folgt noch besondere Bekanntmachung.

Wiesbaden, den 5. Dezember 1918.

Kontrollamt Wiesbaden

gez. Steindorf. gez. Eichholz.

Oeffentliche Mahnung.

Diejenigen Steuerpflichtigen, welche mit Zahlung der **dritten Rate Gemeindesteuer** sowie der **Pacht- und Holzgelder** im Rückstande sind, werden hiermit öffentlich gemahnt und aufgefordert, nimmere bis spätestens **18. Dezember 1918** zu zahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Zwangsversteigerung, wodurch Kosten entstehen. Eine weitere Mahnung durch Mahnzettel geschieht nicht mehr.

Mobilarverkauf.

Das Mobilar des von der Gemeinde Destrach angekauften **Gasthauses zur Linde, Markt 12,** ist zu verkaufen, u. a.

1 Mobier, 1 Wirtschaft-Büffet, Billard, eine Anzahl Tische und Stühle sowie Gläser und verschiedene Wirtschaftsgüter.

Termin zur Versteigerung ist auf **Montag, den 23. Dezember, vormittags von 9 Uhr** ab anberaumt. Nähere Auskunft und Besichtigung nach vorheriger Anfrage auf dem Rathaus.

Destrach, den 12. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Becker.

Maschinenschreiberin

gesucht. Angebote mit Angabe von Gehaltsansprüchen baldigst erbeten.

Magistrat Geisenheim.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28

Moderne Fotos, Fotoklassen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild. Grosses Lager in Broschen und Anhänger. Aufnahmen dazu gratis.

13 Postkarten v. Mk. 2.50 an, 12 Fotos 75 Pf. 12 Fotos Mk. 1.50.

Reisepassbilder in sofort. Ausfertigung.

Aufnahme bei jed. Witterung, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorn. 10 bis mitt. 2 Uhr geöffnet. Elektr. Kopieranstalt, Entwickeln von Film u. Platten u. Abzüge auch fürs Feld.

Abreißkalender für 1919

vorrätig

Buchdruckerei des „Rheingauer Bürgerfreund“, Destrach.

Blusenmoden.

Für den Tag und mit Abbildungen versehen von der Internationalen Schnittmanufaktur, Dresden-A.

Reichhaltiges Modenalbum à 1 M., daselbst erhältlich.

Jede denkende Frau sind Kleidungsfragen von jeher auch für die des Tages gewesen. Und wir haben Lustgefühl heute besonders nötig, wenn wir uns auf die neue Zeit einstellen wollen. Das Geheimnis aller Eleganz: zu allen Zeiten passend gekleidet zu sein, muß gerade jetzt zum Mahnwort werden, wo bittere Sorgen unsere Herzen beschweren. War es im ersten Kriegsjahre die Bluse einfacher Form, die den Tag nach ernster Schlichtheit verführte,

neben dem beliebten Querschnitt heute auch wieder das wärmende hohe Stehbündchen. Kurze Schlupfblusen sieht man zuweilen mit einer Passe, bei ihnen lassen sich die Reifalten, die den viereckigen Ausschnitt begrenzen, durch einen Zug erweitern. Unter den von Künstlerinnenhand entworfenen Blusen macht sich viel Neigung für die neue lose Richtung geltend. Als eine Art Kompromiß zu dieser dürfte unsere Abb. 6900 zu zählen sein. Durch ihren halblosen Sitz bildet sie gewissermaßen den Übergang zur losen Gattung, ohne formlos zu sein wie diese. Das Eigenartige dieser speziell für Samt geeigneten Bluse liegt in der leicht geschweiften Seitennacht, die etwas eingereicht, ihre Falten nach vorn und nach dem Rücken zu ausstrahlen läßt. Eine kreuzweise Verschnürung dieser Partie weicht die aparte Wirkung noch zu unterstreichen. Unsere 5. Abb. Nr. 6916 kennzeichnet eine weitere neue Blusenart, die gleichfalls, wenn auch nur vorn, nach Länge strebt. Sie ist über dem Rock zu tragen und zeigt ein mit reicher Stützfeder in matten Farben verziertes Kaftel, das sich unter dem breiten faltengürtel als schräggestelltes Viereck fortsetzt. Der viereckige Ausschnitt kann ganz durch ein Hemdchen gefüllt werden. Bei einer ähnlichen Bluse endigte der Kaftel unter dem breiten Gürtel, die Verlängerung bestand hier in breiten Patten, die den Seitenteilen angehängt lose auf den Rock fielen. Der Gürtel war durch die Pattenstücke geleitet. Viel Wert wird an den neuen Blusen dem Ärmel beigemessen. Die längste



Model Nr. 6918.

Model Nr. 6900.

Model Nr. 6916.

erprobte Weichheit des angeknüpften Ärmels mit seiner weichen Schulterlinie läßt immer wieder auf diesen zurückgreifen. Zur breiten Schulter gefügt sich der gestreckte Puff, oder der schlichte Bündchenärmel, als letzte Neuheit tritt wieder die Baglanform auf, allerdings nur an einfachen Blusen. Abendblusen haben meist Halb- oder Dreiviertelärmel, die unten weit und offen, einen schönen Arm voll zur Geltung bringen. Von den sehr spärlich vertretenen Krageneinheiten sei das faltige Stehbündchen mit großer Schmutterlingschleife im Nacken erwähnt. Man macht beides gern aus schwarzem Taal, also von der Bluse absteckend.

M. H.

Statt besonderer Anzeige.



Codes-Anzeige.

Heute verschied nach kurzem Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Grossnante

Fräulein Eva Fuhrmann,

gestärkt durch die hl. Sterbesakramente, im 74. Lebensjahre, sanft und gottesgeben.

Um stilles Beileid bittet

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:

Elisabeth Fuhrmann.

Oestrach, den 10. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Freitag, den 13. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr, das Todnamet Samstag morgens 7½ Uhr, statt.

Codes-Anzeige

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren innigstgeliebten Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn

Johann Mich. Wagner,

heute morgen um 6 Uhr, nach längerem Leiden, im 76. Lebensjahre, zu sich abzurufen.

Um stilles Beileid bitten

Destrach, Wiesbaden, Frankfurt a. M. und Mittelheim, den 12. Dezember 1918.

Die trauernd Hinterbliebenen:

Die Beerdigung findet Samstag nachmittags um 3 Uhr, das Beisetzung am nächsten Montag morgens um 7½ Uhr statt.



Wein-Etiketten

in moderner Ausführung.

Grosses Lager ★ Billige Preise

Extra-Anfertigungen

Adam Etienne,

Buch- u. Steindruckerei, Destrach a. Rh.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung in der

Sektellerei Söhnlein, Schierstein a. Rh.

Kuhdung Ia.

400—450 Zentner hat sofort abzugeben

W. J. Weber, Erbach i. Rhg.

Ein fleißiger reeller, zwischen Vorch u. St. Ovarshausen wohnhafter

Verkäufer

für

Ferkel

gesucht. Selbiger muß Platz für Fuhrwerk und Ferkel haben.

Gefl. Abz. an Expedition dieses Blattes.

Tafelklavier,

gut erhalten, zu verkaufen.

W. J. Weber,

Erbach i. Rhg.

Gebrauchter, aber guterhaltener

Schreibfisch

od. **Pult**

zu kaufen gesucht. Offerten unter Chiffre F. W. an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein starkes

Zugpferd

(Schimmel) zu verkaufen.

Johann Dornbach, Destrach.

Ein großer schwerer prima

Trachse

zu verkaufen. Näheres Expb. d. Blattes.

Gelacht wird für sofort nach

Winkel ein feines fleißiges

Mädchen,

zur Haushilfe event. Morgensmädchen.

Zu melden Hauptstraße 121.

Zum 1. Januar ein tüchtiges fleißiges

Mädchen

für Hausarbeit in einen gut bürgerlichen Haushalt in Winkel gesucht. Näheres durch den Verlag dieses Blattes.

Geschickte Schneiderin

für Änderungen und Neuanfertigungen für einige Tage ins Haus gesucht.

Frau Dr. Volkand,

Niederwalluf,

Schöne Aussicht 16.

Näherin

für 1—2 Tage jede Woche in Winkel gesucht. Angebote an die Expb. d. Zeitung.

Junger Kaufmann

mit einj.-freiwill. Zeugnis, der nach bestandener Lehre noch einige Zeit in größerem Fabrikgeschäft tätig war, dann zum Heeresdienst einrücken mußte, mit guten Zeugnissen, der Kurzschrift und des Maschinenschreibens kundig, sucht anderweitig Stellung. Offerten unter C. F. W. an die Expedition dieses Blattes.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.